

Abwesend

Mitglieder

Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	entschuldigt
Leon Troche	SPD	entschuldigt
Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Annina Beck	Die Andere	entschuldigt
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt

stellv. Mitglieder

René Kulke	Die Andere	entschuldigt
------------	------------	--------------

beratende Mitglieder

Steve Fahrendorf	Jobcenter	entschuldigt
------------------	-----------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2023

- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.10.2023

- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 6 Informationen des Jugendamtes

- 6.1 Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost

- 6.2 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0007

- 6.3 Sachstände zu Überdachung Skateanlage Lindenpark u. Skaten unter der Humboldtbrücke
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 8 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0676
- 9.2 Beitritt KiTA !ST
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt 23/SVV/1106
- 10 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

Er informiert, dass die Freie FRAKTION, vertreten durch das ordentliche stimmberechtigte Mitglied Frau Dr. Carmen Klockow und das stellvertretende stimmberechtigte Mitglied Herr Alexander Dietmar Wietschel, seit der Stadtverordnetenversammlung am 08.11.2023 neu im Jugendhilfeausschuss vertreten sei.

Weiterhin habe sich der Kita-Elternbeirat neu konstituiert. Als ordentliches beratendes Mitglied sei weiterhin Herr Robert Witzsche vertreten, als stellvertretendes beratendes Mitglied neu Frau Lisa Kabitzke-Römhild.

Für den Kreiselternrat sei neu ordentlich beratendes Mitglied Frau Lisette MacEwen und als stellvertretendes beratendes Mitglied Frau Katja Wolf vertreten.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der

Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird von Herrn Reimann zur Abstimmung gestellt und einstimmig **zugestimmt**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 28.09.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Herr Ströber fragt, wie mit dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII umgegangen werde, dass man das Projekt „Calz“ in den Jugendhilfeausschuss zur Vorstellung einladen könne.

Weiterhin möchte er wissen, wann die Drucksache 23/SVV/0537 „Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026“ erneut im Jugendhilfeausschuss behandelt werde. In der Sitzung sei die November- oder Dezembersitzung in Aussicht gestellt worden.

4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.10.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 19.10.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass Frau Buhr eine Jugendbefragung erstellt habe und verweist auf den Flyer. Dieser werde über den E-Mailverteiler an die Ausschussmitglieder versandt und ebenfalls an das Protokoll gegangen. Er bittet um Teilnahme an der Befragung.

Frau Retzlaff berichtet, dass die nächste Tagung des Kreisschülerrates voraussichtlich am 13.12.2023 stattfinde. Unter anderem werde man sich mit dem Schülerticket beschäftigen. Weiterhin plädiert sie dafür, dass Führerscheine kostengünstiger werden, da diese nur schwer erschwinglich seien. Die Anbindungen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen Potsdam und dem Umland in den Abendstunden seien allerdings sehr ausgedünnt, so dass man darauf angewiesen sei.

6 Informationen des Jugendamtes

6.1 Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost

Frau Birgit Ukrow, Jugendhilfeplanerin des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam berichtet zum Tagesordnungspunkt. Sie bezieht sich auf den Brief des Regionalen Arbeitskreises (RAK) der Jugendhilfe Babelsberg/Zentrum Ost vom März 2023 (Anlage 1). Man betrachte diesbezüglich Daten - rein statistisch wäre kein brisanter Zuwachs an jungen Menschen im Sozialraum 4 (Babelsberg, Zentrum Ost, Klein Glienicke) im gesamtstädtischen Vergleich zu erkennen. Für eine weitere Personalstelle in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Babelsberg habe es in den letzten Jahren keine Planung gegeben, da die Mittel bereits limitiert seien. Zusätzliche Ressourcen müssten vor allem für den stark wachsenden Norden Berücksichtigung finden. Eine Rückführung beziehungsweise anderweitige Verteilung der der Arche per Beschluss im Dezember 2020 im Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellten Mittel für eine zusätzliche Stelle, sei nicht geplant.

Frau Ukrow ergänzt auf Nachfrage von Frau Frenkler zum genannten Beschluss, dass die geplante Evaluation der Verschiebung der Stelle in 2022 aus personellen Gründen nicht stattgefunden habe.

Herr Reimann vereinbart gemeinsam mit Herrn Ströber, dem Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, dass man das Thema erneut im Unterausschuss behandeln und dort vereinbaren werde, wie es diesbezüglich weitergehe. Frau Tietz erinnert daran, dass man die genannten Informationen an den RAK der Jugendhilfe Babelsberg/Zentrum Ost weitergeben müsse.

6.2 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0007

Frau Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt 904 der Landeshauptstadt Potsdam rekapituliert zum Beschluss und Umfang des Kinder- und Jugendbudgets. Aktuell lasse sie sich diesbezüglich vom Bereich Recht innerhalb der Verwaltung und dem Stadtjugendring beraten und man habe eine Förderrichtlinie und Idee für das Konzept entworfen. Die Idee dahinter sei, dass man aus Jugendlichen eine Jury bilden wolle, die über die Anträge entscheide. Die Umsetzung könne über einen Träger erfolgen, welcher jedoch zusätzliche Aufwendungen hätte (unter anderem zusätzliche Personalkosten, ca. 10 zusätzliche Wochenstunden, Sach- und Werbekosten). Hierzu gebe es Anfang Dezember Rücksprachetermine. Frau Buhr stellt eine erneute Berichterstattung zum aktuellen Sachstand für die Januarsitzung des Jugendhilfeausschusses in Aussicht.

In der anschließenden Diskussion herrscht Konsens, dass die Umsetzung und der Mittelabruf des Budgets zeitnah starten müsse, da die Gelder schon zu lange vorhanden und eingestellt seien.

6.3 Sachstände zu Überdachung Skateanlage Lindenpark u. Skaten unter der Humboldtbrücke

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass 500.000,00 Euro für die Skateanlage Lindenpark im Haushaltsplan 2020/2021 eingestellt worden seien. Nach Vorliegen des Votums der Nutzer*innen sei eine Studie erstellt worden. Darüber hinaus sei die Genehmigungsfähigkeit dieser Studie im Rahmen einer Bauvoranfrage in Aussicht gestellt worden, sofern immissionsschutzrechtliche Belange eingehalten werden. Es stellte sich heraus, dass nur eine allseitig geschlossene Halle zu einem uneingeschränkten Betrieb führen könne. Der Bereich Grünflächen 453 habe daraufhin eine Vorprüfung des Ausweichstandortes unter der Nuthe-schnellstraße in die Wege geleitet, welcher mit den fachlichen Kolleg*innen der AG Freiraumplanung vorabgestimmt worden sei. Auch hier müsse ein Lärmgutachten erstellt werden. Dies sei aktuell in Arbeit. Herr Prof. Dr. Hafezi schlägt vor, dass man dazu im 1. Quartal 2024 erneut berichten werde.

In der anschließenden Diskussion ist man sich einig, dass die langwierige Entwicklung der Skaterhalle nicht mehr tragbar sei. Auf Anraten des Ausschussvorsitzenden wird vereinbart, dass man das Thema erneut in der AG Jugendförderung nach § 78 SGB VIII diskutieren und im 1. Quartal 2024 im Jugendhilfeausschuss auf Wiedervorlage legen werde. Hierzu sollen jeweils die zuständigen Bereiche (Bereich Grünflächen 453, Kommunaler Immobilien Service, Bereichsleitung Sport und Bewegung 213) eingeladen werden.

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG HzE

Herr Robert Müller berichtet, dass alle Arbeitsfelder, sowohl ambulant, als auch stationär, von großen Herausforderungen und steten Belastungen berichten würden. Diese beziehen sich neben der finanziellen Ausgestaltung auch auf die inhaltliche Arbeit. So werde vor allem im Bereich der stationären Jugendhilfe von hohen Belegungszahlen und damit verbunden von fehlenden Platzkapazitäten berichtet. Da wo der Nachfrage nach stationärer Unterbringung entsprochen, weil Jugendliche „erfolgreich“ entlassen werden könnten, fehle schlicht (finanzierbarer) Wohnraum. Fachkräfte für den Bereich der stationären Jugendhilfe (für den ambulanten Bereich auch) zu gewinnen, erweise sich ebenfalls als Herausforderung. In ambulanten Angeboten, vor allem bei den Erziehungs- und Familienberatungen der Landeshauptstadt Potsdam sei inzwischen allorts eine Warteliste (nicht im Kinderschutz) Normalität. In den unterschiedlichen Angeboten der ambulanten Hilfen würden sich mehr und mehr „Multiproblemfälle“ „sammeln“, die neben den abzudeckenden Bedarfen zusätzliche Themen und Problemlagen mitbringen, die aus fachlicher Sicht an andere Akteure weiterverwiesen werden müssten. Da jedoch auch in den Bereichen von Psychiatrie und Therapie lange Wartezeiten existieren, werden diese Bedarfe entweder nicht bearbeitet oder binden Ressourcen an „falscher“ Stelle. In allen Bereichen der Potsdamer Jugendhilfe seien zudem die Folgen von „Corona“ noch immer deutlich spürbar, Kinder und Jugendliche, aber auch deren Eltern, seien zum Teil hoch belastet.

In diesem Zusammenhang würden sich die freien Träger sehr über den nun erneut begonnenen fachlichen Austausch mit dem öffentlichen Träger freuen, der sich nicht nur mit (fehlenden) Ressourcen beschäftigen werde - hier seien bereits gute Projekte und Ideen vorhanden (careleaver, Umgang mit „Systemsprengern“, etc.).

Die Träger von stationären Einrichtungen der Jugendhilfe werden sich in den kommenden

Tagen noch einmal zu den Kennzahlen austauschen und dass Ergebnis dann folgend in die AG Hilfen zur Erziehung nach § 78 SGB VIII zurückspielen.

AG Kita

Frau Kunzelmann berichtet zur Sitzung, die am 30.11.2023 stattgefunden hat, zu den Themen Kita-Finanzierung 2023/ Abschlüsse 2024, Kinder mit besonderem Bedarf (StVV-Beschluss), Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung (Überangebot), Fachtag Institutioneller Kinderschutz Kita am 15.11.2023 und zur AG 78 Kita Neuwahl 2024 (Anlage 2).

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man unter anderem auch das Thema „Kinder mit besonderem Bedarf“ mit Blick auf die haushaltsbegleitenden Anträge in diesem Jahr in der kommenden Jugendhilfeausschusssitzung betrachten werde.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 16.11.2023.

Als Gast hatte man Marco Kelch, Kinderschutzkoordinator der Landeshauptstadt Potsdam, zum Kinderschutzbericht zu Gast. Man habe den Wunsch, dass Gremien nicht einfach eingestellt werden sollten, wenn sie für Qualität sorgen würden und für die Mehrheit der Mitglieder gut funktionieren würden. Auch der Arbeitskreis Kinderschutz tage nicht mehr. Kooperation und Vernetzung im Kinderschutz sei laut Verwaltung per Gesetz Auftrag des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe. Der gewünschte Stand von Kooperation, wie im Rahmenkonzept Kinderschutz dargestellt, sei aktuell nicht erreicht/umgesetzt. Die Personalressourcen würden dafür nicht ausreichen. Ein neuer Arbeitskreis Frühe Hilfen und Kinderschutz sei in der Entstehung und werde ab 2024 tätig (für Berufsgruppe, die für Familien mit Kindern bis 3 Jahren tätig seien). Dies sei jedoch kein Ersatz für den einst großen Arbeitskreis Kinderschutz mit Polizei, Gericht, und so weiter. In der anschließenden Diskussion sei vereinbart worden, dass sich die Ausschussmitglieder um die Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Kinderschutzkonzeptes kümmern wollen. Die Ergebnisse des Umsetzungsmonitorings zum Rahmenkonzept Kinderschutz wolle man dem Jugendhilfeausschuss bei einer Sitzung Ende des ersten Quartals 2024 präsentieren.

Weiterhin habe man sich mit dem Stand der Umsetzung der Anträge zum Haushaltsbeschluss befasst.

Thema	Umsetzung (soweit bekannt)	Bewertung des UA
Errichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz	Stellenbeschreibung liege vor, Stelle gesperrt bis 4/2024	Die Stellensperrungen seien unverständlich. Der UA fragt, wer das verantwortet.
Errichtung einer Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz	Stellenbeschreibung liege vor, Stelle gesperrt bis 4/2024	

Finanzierung des ESF-Projektes JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit	definitive Zusage der Verwaltung, dass man am Projekt teilnahm, kam zu spät	Der UA fragt, was mit den 70.000,00 Euro für das ESF-Projekt passiere.
PLUS Programm	Prüfkriterien seien entworfen, Umsetzung werde noch abgestimmt	PLUS-Umsetzung: hier müssen Richtlinien aktualisiert werden. Der UA fragt, ab wann Anträge gestellt werden können. Info an Träger sei zeitnah notwendig.
Potsdamer Familien stärken: Ausbau der Beratungsstellen	daran werde bereits gearbeitet	
Ausbau Schulsozialarbeit	für das Schuljahr 2024/25 seien drei weitere Stellen in Planung	Sicherung der beschlossenen Stellen, Diskussion zur Verteilung (öffentliche und private Schulen) in der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe

Man habe eine Wiedervorlage der Themen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 07.12.2023 vereinbart. Die Themen kostenloses Frühstück, kostenloses Mittag und Schülerticket seien im Fachbereich 21 federführend verortet und habe man sich auf Wiedervorlage für Januar 2024 gelegt.

Zum Ergebnis der Abstimmung zum Fachkräftethema habe es einen Termin mit Herrn Prof. Dr. Hafezi gegeben. Es sollen mehr Stellen für ein duales Studium Soziale Arbeit in Potsdam auf den Weg gebracht werden. Man habe die Idee, dass die Studierenden dann für den öffentlichen und die freien Träger zur Verfügung stehen sollen. Es würden auch Erzieher*innen gesucht, wozu es keine Ausführungen gegeben habe. Ein duales Studium zu initiieren, sei keine Option für den kurzfristigen Mangel. Man müsse alle Schlussfolgerungen des Fachtages berücksichtigen. Ein Studium kann nur eine Lösung sein. Eine Richtlinienanpassung sei dringlich. Man werde das Thema erneut in der Dezembersitzung behandeln.

An die drei Träger der Jugendberufsagentur habe man Fragebögen mit der Bitte um jeweilige Ausführung versandt, wozu es eine Rücksendung gegeben habe. Die gemeinsam ausgefüllte Fragenmatrix erfülle nicht die Erwartungen der Mitglieder des Unterausschusses. Es gebe keine inhaltliche Darstellung zu Problemlagen und zum Mehrwert aus Sicht aller drei Partner. Der Beschluss zur Bildung der Jugendberufsagentur werde nochmal hinsichtlich der Verabredungen zur Evaluierung geprüft.

Der Unterausschuss wünsche sich in der Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses eine Information zur Situation, wie mit der neuen Situation in der Kita-Landschaft umgegangen werde, dass es freie Plätze in Größenordnungen gebe (personell, finanziell und auch in Bezug auf kommunale Kitas).

Der Regionale Arbeitskreis Waldstadt habe die Jugendhilfeplanerin der Landeshauptstadt Potsdam eingeladen, doch die Verwaltungsmitwirkung sei abgesagt worden. Der Unterausschuss frage in welcher Form die Arbeit mit der Jugendhilfeplanung für die Regionalen Arbeitskreise derzeit möglich sei.

In der anschließenden Diskussion wird die Sperrung der Stellen im Kinderschutz kritisiert

und Herr Prof. Dr. Hafezi kündigt an, dazu erneut im Jugendhilfeausschuss in der Dezember-sitzung zu berichten. Auch zu der Richtlinie der PLUS-Projekte werde man einen aktuellen Sachstand berichten.

PAUSE 18:12 Uhr – 18:25 Uhr

8 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass der neue Vorstand in der ersten Vorstandssitzung seine Mandate gewählt habe. Dabei sei Robert Witzsche als Hauptvertreter und Lisa Kabitzke-Römhild als Stellvertreterin gewählt worden. Sie sei bereits als Jugendliche Vertreterin im Jugendhilfeausschuss gewesen und werde - genau wie Catharina Kahl - so oft es geht dabei sein.

Am 14.11.2023 habe die erste inhaltliche Beiratssitzung stattgefunden, bei der die Delegierten in einem spannenden Austausch die wichtigsten Themen für die kommende Legislatur ermittelt haben. In einem nächsten Schritt wolle man sich den Themen in verschiedenen Kick Off-Runden widmen und schauen, auf welchem Weg man sich diesen widmen können. Dabei handelt es sich um: Inklusion, Umwelt und Nachhaltigkeit, Beiträge und Digitalisierung, Kommunikation und Elternmitwirkung und Personalmangel.

Am 18.11.2023 habe sich der neue Landeskitaelternbeirat konstituiert, bei dem engagierte Elternvertreter*innen aus dem ganzen Land zusammengekommen seien. Davon viele, die erstmals in dem Gremium wirken. Potsdam sei auch wieder vertreten - mit Catharina Kahl als Hauptvertretung und Robert Witzsche als Stellvertreter. Catharina Kahl engagiere sich auch in dieser Legislatur wieder im Vorstand und als eine von zwei Sprecher*innen.

In Bezug auf den Stadtverordnetenantrag 23/SVV/1083 - dem erneuten Anlauf, eine Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek zu ermöglichen - haben man sich gefragt, warum dieser zwar in den Ausschuss für Bildung und Sport, aber nicht in den Jugendhilfeausschuss überwiesen worden sei. Die Bibliothek sei mehr als eine Bildungseinrichtung - sie sei auch ein Angebot für die Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen und damit auch im Jugendhilfeausschuss richtig und wichtig. Man bittet darum bei allen Überweisungen zweimal hinzuschauen, ob die Thematik sich auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen beziehe.

Zur Kommunikation des Defizits im Bereich Kita und HzE rekapituliert Herr Witzsche, was man bereits in der letzten Sitzung angesprochen habe. Im Artikel der Märkischen Allgemeinen Zeitung mit der Überschrift "Frauenhaus und Feuerwehr zahlen für Potsdams Kita-Finanzierung" mache man genau das, was man zuletzt kritisiert habe. Was genau eine solche Berichterstattung mit den Bürger*innen mache - worauf Eltern, Erzieher*innen und andere Menschen, die sich im Kita-Bereich bewegen, angesprochen werden - könne man sich vermutlich vorstellen. Aus Sicht des Kita-Elternbeirates sei das nicht haltbar - zum einen die journalistische Qualität, zum anderen die Kommunikation der Landeshauptstadt Potsdam. Dazu würden die in der dazugehörigen Beschlussvorlage 23/SVV/1105 aufgeführten Begründungen für die Defizite kommen, denn sowohl die Tarifierhöhung, die im April 2023 vereinbart wurde, als auch die Befreiung bzw. Deckelung der Elternbeiträge, die sogar schon im Dezember 2022 beschlossen wurde, hätten zum Haushaltsbeschluss im Juni 2023 berücksichtigt werden können. Und die aus der Befreiung bzw. Deckelung der Elternbeiträge entstehenden Mindereinnahmen würden zu mindestens 100% durch das Land erstattet. Somit

könne hier laut Kita-Elternbeirat rein rechnerisch kein Defizit existieren. Man wünsche sich hier in Zukunft eine Ehrlichkeit bei allen Beteiligten, damit man in Zukunft Überschriften wie "Frauenhaus und Feuerwehr zahlen für Potsdams Kita-Finanzierung" nicht mehr lesen müsse.

9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

9.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Wiedervorlage vom 28.09.2023 und 19.10.2023.

Frau Bartelt bringt den Antrag erneut ein und bittet ohne Änderungen des Beschlusstextes um ein Votum.

Herr Reimann schlägt vor den Antrag zurückzustellen, um das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion abzuwarten.

Nach einer kontroversen Diskussion stellt Frau Dr. Müller einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Drucksache bis zur Dezembersitzung.

Abstimmung:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 2

Enthaltung: 3

Die Drucksache wird auf die Dezembersitzung zurückgestellt.

9.2 Beitritt KiTA !ST

23/SVV/1106
zur Kenntnis genommen

Frau Buhr stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Herr Witzsche vom Kita-Elternbeirat ergänzt, dass die Initiative aus der Zusammenarbeit mit der LIGA (LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – Spitzenverbände im Land Brandenburg) und des Potsdamer Kita-Elternbeirates entstanden sei. Man habe sich mit Vertreter*innen der Wirtschaft und freien Trägern zusammengesetzt. Das Bündnis wachsen, man sei noch am Anfang. Ein weiterer guter Schritt sein, dass die Landeshauptstadt Potsdam jetzt auch mit im Bündnis sei. Man habe erste Ideen, wie man das nach außen tragen könne, sei jedoch momentan noch im Arbeitsstand. Im Januar finde eine Auftaktveranstaltung statt, wo es auch darum gehen werde, welche Inhalte die Bündnispartner*innen bekleiden werden. Im Juni 2023 habe man dazu mit dem Oberbürgermeister Mike Schubert und der damaligen Fachbereichsleitung 23 Bildung, Jugend und Sport zusammengesessen, woraufhin der Oberbürgermeister eine Mitteilungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erstellt habe. Man wundere sich jetzt jedoch, dass diese nur in den Jugendhilfeausschuss überwiesen worden und bittet darum, dass auch die Stadtverordnetenversammlung über den Beitritt zum Bündnis informiert werde.

Es wird vereinbart, dass der Jugendhilfeausschuss den Oberbürgermeister darum bittet in seinem „Bericht des Oberbürgermeisters“ in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu KiTA !ST zu berichten. Weiterhin wird das Thema auf Wiedervorlage in einem halben Jahr gelegt.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

10 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Timo Reimann

Protokollführung:

Eva Thäle

Für eine adäquate Jugendarbeit in Babelsberg

Der Regionale Arbeitskreis (RAK) Babelsberg/Zentrum-Ost positioniert sich mit diesem Schreiben ein weiteres Mal für den Verbleib von Stellen der Jugendarbeit sowie eine adäquate Umsetzung der Jugendarbeit im Sozialraum 4 (Babelsberg, Zentrum-Ost). Bereits im Juni 2021 schrieben wir einen Brief an die Verantwortlichen der Landeshauptstadt Potsdam, mit der Bitte, dass die Stelle der Jugendarbeit in Trägerschaft der evangelischen Kirche (Sprözl), die nach Drewitz zur Arche gegangen ist, wieder in Babelsberg besetzt wird. Aufgrund des Wachstumes des Sozialraumes wünschen wir zudem eine Diskussion um eine adäquate Umsetzung der Jugendarbeit, gemessen an Wachstum und vorhandenen Einrichtungen.

Mit Babelsberg Nord und vor allem Babelsberg Süd haben wir es mit Regionalräumen zu tun, die in den letzten Jahren stetig gewachsen sind. Besonders junge Familien sind hierhergezogen, was sich im Stadtbild ausdrückt, aber auch im Druck auf die Bildungseinrichtungen, Angebote der Freizeitgestaltung und dem Nutzungsdruck der öffentlichen Flächen. Dies zeigt sich im Babelsberger Park und auf den zahlreichen Spielplätzen sowie öffentlichen Plätzen. Weiterhin ist der Druck für eine Freizeitgestaltung gestiegen, so sind Kurse der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche enorm nachgefragt und oftmals mit langen Wartezeiten belegt.

In der aktuellen Bevölkerungsprognose der Landeshauptstadt Potsdam wird besonders der Planungsraum Babelsberg Süd mit einem Wachstum von 13125 Einwohnenden im Jahr 2019 auf 16177 im Jahr 2040 angegeben, was ein Wachstum von 3052 bedeutet. Auch der Planungsraum Babelsberg Nord wird mit einem, wenn auch leichten Wachstum gekennzeichnet. Dabei liegt der Anteil der unter 18-jährigen Personen im Wachstumsbereich bei rund 18 %. (1)

Derzeit findet eine Verdichtung des Sozialraumes statt und entstehen kleine Wohnviertel, wie unter anderem am Filmpark und am Horstweg zu sehen ist. Wir denken jedoch, dass im Bereich der Jugendarbeit und Jugendförderung ein Loch in Babelsberg entstanden ist. Während bis vor kurzem noch eine Stelle über das „Sprözl“ mit Trägerschaft in der evangelischen Kirche im Stadtteil existierte, ist diese durch Abgabe des Trägers zur Arche nach Drewitz gegangen. Für eine temporäre Lösung ist dies auch in Ordnung. Nun wollen wir jedoch darauf aufmerksam machen, dass gemäß des Jugendförderplans 2019-2021 und in der Ausarbeitung eines neuen Jugendförderplans ein besonderes Augenmerk auf den Kinder- und Jugendtreff „Sprözl“ gelegt wird, bzw. auch auf die Schaffung/Erhalt der Jugendarbeit und Jugendförderung in Babelsberg im Allgemeinen.

Zudem ist seit Jahren zu erkennen, dass sich junge Leute häufig im öffentlichen Raum wie rund um die alte Post, in Bahnhofsnähe oder auf den Spielplätzen und öffentlichen Plätzen aufhalten. Hierbei kam es bereits zu Konflikten und Vandalismus mit Eigentümer:innen und Nutzer:innen, wie auch der lokalen Presse zu entnehmen ist. (2) Bei Gestaltungs- und Ordnungsmaßnahmen favorisieren wir eine bessere Beteiligung der jungen Menschen.

Wir verweisen in diesem Kontext auf die UN-Kinderrechtskonvention, in denen die Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben sowie die staatliche Förderung beschrieben werden. Auch Potsdam ist eine kinderfreundliche Kommune und verschreibt sich der UN-

Kinderrechtskonvention. Dies impliziert nicht nur die Förderung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für eine aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung, sondern auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Bei Verschönerungsaktionen und Ordnungsmaßnahmen, wie am S-Bahnhof-Babelsberg geschehen, wünschen wir eine lokale Beteiligung statt der Vergabe an externe Firmen, gerade in einem Stadtteil wie Babelsberg, wo legale Flächen zum Sprühen kaum vorhanden sind.

Nachdem auch im AWO Kulturhaus Babelsberg kein klassischer Jugendklub entstehen wird, wie es zuerst durch die lokale Presse berichtet wurde (3), appellieren wir an die adäquate Schaffung eines neuen Angebotes, um die sozialpädagogische Arbeit im Stadtteil zu festigen bzw. weiter zu fördern. Gerade im Zentrum und Süden des Stadtteils gibt es – außer dem zielgruppenspezifischen Fanprojekt – keine offene Jugendarbeit bzw. keinen Jugendklub.

Als Regionaler Arbeitskreis (RAK) Babelsberg/Zentrum-Ost wollen wir dafür werben, dass in den Planungen der Landeshauptstadt Potsdam ein solcher Ort mit seiner notwendigen finanziellen und personellen Ausstattung im Sozialraum Babelsberg Berücksichtigung findet.

RAK Babelsberg/Zentrum-Ost
März 2023

(1)

Kleinräumige Bevölkerungsprognose der Landeshauptstadt Potsdam 2020 bis 2040 (LHP):

https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/stat_info_4_2020_bev_prognose_2020_2040.pdf

(2)

Mühsame Arbeiten am S-Bahnhof Potsdam Babelsberg (MAZ):

<https://www.maz-online.de/lokales/potsdam/potsdam-s-bahnhof-babelsberg-wird-saniert-6ZR7A2SLDVWTKXP2KI6TDNGLTI.html>

Gebäude in Babelsberg beschmiert: Oberholz im Kampf gegen Vandalismus (PNN):

<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/gebäude-in-babelsberg-beschmiert-oberholz-im-kampf-gegen-vandalismus-8841775.html>

(3)

Traditionslokal Ratskeller Babelsberg soll zum Jugendtreff werden (MAZ):

<https://www.maz-online.de/lokales/potsdam/ratskeller-potsdam-babelsberg-soll-zum-jugendtreff-werden-2LOLOBHNIBANOSCMSLEWJZ6JYE.html>

Bericht AG gemäß § 78 SGB VIII Kita aus der Sitzung vom 13.10.2023

Wichtige Informationen, Ergebnisse

1. Kita-Finanzierung 2023/Abschläge 2024

Entgegen der bisherigen Aussagen der Verwaltung soll keine Anpassung der KitaFR 2023 an die inflationären Kostensteigerungen und die tatsächliche Tarifentwicklung erfolgen.

Wie bereits in der JHA Sitzung am 19.10.23 informiert wurde, hat dies zur Folge, dass **noch mehr Träger die Fehlbedarfsfinanzierung** in Anspruch nehmen müssen, da die Pauschalen für weitere Träger nicht mehr auskömmlich sind. Dadurch entstehen **zusätzliche Personalkosten** für die aufwändige Bearbeitung bei den freien Trägern und vermutlich auch in der Verwaltung.

Die Trägervertreter*innen der AG 78 Kita haben sich **am 07.11.2023** mit einem **Schreiben an den Beigeordneten** gewandt und darin formuliert, dass die bis dahin vorgesehenen Steigerungsraten (die jetzt auch noch entfallen sollen) nicht gesichert und mit folgenden Argumenten kritikwürdig sind (verkürzte wesentliche Inhalte):

*„**Die Kostenlücke wächst!** Denn der unzureichende Inflationsausgleich aus dem Jahr 2022 wird auch für 2023 nachträglich nicht auskömmlich ausgeglichen...“*

Insbesondere wird in den Jahren 2023 und 2024 nicht ausreichend berücksichtigt:

- die Vergütung **der tariflich gebundenen Mitarbeitenden im Sachkostenbereich.**
- **die durch die SuE Zulage erhöhten Personalkostenaufwendungen**
- der **Festbetrag der Erhöhung der Vergütung in Höhe von 200 € je Vollzeitstelle**
- **Steigerungsraten in unteren Lohngruppen (Haushandwerker, Küchenhilfen usw.) prozentual viel höher als in oberen Entgeltgruppen. Der Sachkostenanteil wird somit signifikant wachsen.**

*„ ... keinem Träger ist damit geholfen, im Folgejahr möglicherweise in eine Schuldenfalle zu geraten. Die **Fehlbedarfsfinanzierung ist aufgrund der rechtlichen Unwägbarkeiten keine sichere Lösung** für alle Beteiligten. Um die Betreuung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen finanziell sicherzustellen, ist eine **verbindliche Finanzierungszusage für die Jahre 2023/2024 unter Berücksichtigung der tatsächlichen Teuerungsraten erforderlich.**“*

Jeder Träger muss nun einzeln aufführen, welche konkreten Sondereinflüsse vorliegen und dies mit zahlreichen Sachbearbeiter*innen der Verwaltung, die aus Erfahrung unterschiedlich mit den Anträgen umgehen, aushandeln. Nachgewiesene Steigerungen sollen erst bei der Abrechnung verhandelt/anerkannt werden.

Die Verwaltung informierte, dass die Antwort des Beigeordneten an die Träger in Kürze eintreffen soll.

UAG KitaFR im Januar 2024:

Die Verfahren müssen auf den Prüfstand, Standards und Pauschalen daraus abgeleitet werden. Bereits das **Antragsverfahren muss Klarheit für notwendige und damit anerkannte Ausgaben im laufenden Jahr gewährleisten.** Die vielfältige Trägerlandschaft in Potsdam unterstützt gerne mit ihrer Expertise.

Hinweis an den JHA: keine Anpassung der KitaFR 2023

2. Kinder mit besonderem Bedarf (SVV Beschluss)

Es wurden drei Maßnahmen zum Umsatz des SVV Beschlusses ab 2024 ff besprochen:

- Die Förderung von Kindern mit besonderem Bedarf erfolgt weiterhin nach dem ersten Kriterium, ob mehr als **40 % Kinder mit Migrationshintergrund** betreut werden
- **Modellprojekt Einrichtungen „Auf dem Weg zur Inklusion“ wird erarbeitet:** 3 Horte und 7 Kita können sich mit einem Konzept bewerben, das die übergreifenden Aufgaben einer zusätzlichen heilpädagogischen Fachkraft in der Einrichtung beschreibt, die Auswahl soll per Losverfahren erfolgen

Hinweis an JHA: Umsetzung Beschluss 2024 noch offen

3. Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung (Überangebot)

Zum Stichtag 01.09.2023 sind ca. 4.000 Plätze verfügbar, die nicht nachgefragt werden (Überangebot). Es ist noch offen, ob es sich um einen kurzen Rückgang handelt oder eine Trendwende eintritt. Eine erneute statistische Prognose kann nicht vor 2025 erstellt werden.

Hinweis an den JHA: Wie können wir dazu beitragen, übergreifende Ideen entwickeln und Maßnahmen einleiten, damit die LH Potsdam wieder attraktiv für den Zuzug junger Menschen wird? (bezahlbare Mieten, Segregation abbauen, ...) Gibt es ein Konzept der Verwaltung/ Politik?

4. Fachtag Institutioneller Kinderschutz Kita am 15.11.2023

Ausgangspunkt BIKA Studie 2022:

<https://www.kompetenznetzwerk-deki.de/material/abschlussbericht-der-bika-beteiligung-im-kita-alltag-studie.html>

110 Teilnehmer*innen: wertvolle Erkenntnisse durch Austausch und Referent*innen Bianka Pergande (Deutsche Liga für das Kind und Netzwerk Kinderrechte) und Hans Leitner (Fachstelle Kinderschutz im Land Brandenburg)

Welche Maßnahmen und Rahmenbedingungen brauchen wir bei der Gesamtlage der Kindertagesbetreuung in der LH Potsdam, um die Anforderungen des Kinderschutzes erfüllen zu können? – weiter 2024

5. AG 78 Kita Neuwahl 2024

Neuwahl AG 78 Kita und neue Geschäftsordnung am 23.01.2024

erstellt: Sabine Frenkler

Mitglied AG 78 Kita

Antrag

Betreff:

Schulhöfe und Sportanlagen für Kinder und Jugendliche öffnen – jetzt !

Einreicher:

Bodo Ströber, Sigrid Müller, Tiemo Reimann

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das mit dem Aktionsplan Kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 bis 2020 beschlossene Leitziel - eine verschränkte öffentliche Nutzung von Schul- und Sportflächen, Kitas sowie Turnhallen ist in Potsdam zu gewährleisten - (Maßnahme 4.1.5) weiter kontinuierlich umzusetzen.

Dazu sind spätestens ab dem Haushaltsjahr 2025/2026, nach Möglichkeit früher,

1. sukzessive alle bestehenden Schulstandorte für die außerschulische öffentliche Nutzung zugänglich zu machen, mindestens aber drei weitere Standorte pro Jahr und
2. die finanziellen Mittel dafür entsprechend bereitzustellen.

Zusätzlich ist bei Schulneubauten die öffentliche Nutzung der Schulhöfe und Sportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten generell sicher zu stellen.

Der Jugendhilfeausschuss ist halbjährlich über den Stand der Umsetzung zu informieren.

Begründung:

Der Aktionsplan Kinder- und jugendfreundliche Kommune wurde am 05.07.2017 nach einem intensiven Beteiligungsprozess von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Im Abschnitt 4 - Ziele und Maßnahmen -, Punkt 4.1. - Vorrang des Kindeswohls -, Unterpunkt 4.5.1 - Öffentliche Nutzung schulischer Reserven und Kitas - wird die Gewährleistung einer verschränkten öffentlichen Nutzung von Schul- und Sportflächen, Kitas sowie Turnhallen als ein Leitziel ausgewiesen. In den dazu aufgeführten fünf Handlungszielen werden jeweils die Verantwortlichen, der Zeitrahmen und der Finanzbedarf aufgezeigt. Die Öffnung von Schulsportflächen für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen ist als mittelfristige Maßnahme in dem Aktionsplan gekennzeichnet. Bereits lange vor der Beschlussfassung des Aktionsplanes haben sich der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Bildung und Sport und die Stadtverordnetenversammlung dafür eingesetzt, dazu Beschlüsse gefasst. Seit Juli 2017 sind über 5 Jahre vergangen, ohne dass signifikante Fortschritte erreicht wurden. Mit dem Antrag möchte der Jugendhilfeausschuss erneut die Notwendigkeit der Nutzung dieser Ressourcen unterstreichen. Damit verbindet sich die Erwartung, die Öffnung von Schul- und Schulsportflächen für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen prioritär in das Verwaltungshandeln aufzunehmen.

Bodo Ströber

Mitglied JHA Potsdam

Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Beigeordneter,

wir, der Jugendhilfeausschuss, wenden uns heute mit größter Dringlichkeit an Sie. Die aktuelle Situation im Jugendamt unserer Stadt ist alarmierend: Die Fallzahlen pro Sozialpädagoge haben ein unhaltbares Niveau von über ~~78~~ **60** erreicht. Die hohe Arbeitsbelastung hat bereits dazu geführt, dass Kolleginnen und Kollegen einen Wechsel in Erwägung ziehen, sobald sich alternative Jobmöglichkeiten bieten.

In dieser kritischen Lage appellieren wir eindringlich an Sie, die Schaffung von mindestens 20 zusätzlichen Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sofort umzusetzen. Dies wäre das Minimum, um die Arbeitslast auf ein – ansatzweise - angemessenes Niveau zu reduzieren und dem Schutzauftrag des Jugendamts gerecht zu werden.

Als Jugendhilfeausschuss fühlen wir eine tiefe Verantwortung, sowohl gegenüber den Familien als auch den Mitarbeitenden des Jugendamtes gegenüber. Aus diesem Grund wollen wir diese untragbare Situation umgehend verbessern, indem wir gezielt um Unterstützung und Entlastung bitten.

Wir bitten im Weiteren darum, die Benchmarks aus anderen Städten heranzuziehen. Denn ein Vergleich der Besetzungsquoten könnte wertvolle Einsichten bieten, wie andere Kommunen ähnliche Herausforderungen meistern und könnte als Orientierung für die strategische Personalplanung dienen.

Obwohl derzeit eine Organisationsuntersuchung durchgeführt wird, deren Ergebnisse erst im Mai vorliegen werden, betonen wir, dass ein Abwarten bis dahin nicht tragbar ist. Die Lage erfordert umgehendes Handeln, um weitere Abgänge des Personals zu verhindern und die hohe Qualität ihrer Arbeit aufrechtzuerhalten.

Wir sind überzeugt, dass durch die gemeinsame Anstrengung und die konstruktive Zusammenarbeit, dieses Ziel erreicht werden kann. **Darum bitten wir darum im Januar Gespräche mit Vertreter*innen des Jugendhilfeausschusses dazu zu führen und spätestens im Februar im Jugendhilfeausschuss zu präsentieren.**

Mit kollegialen Grüßen,
Der Jugendhilfeausschuss

Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	entschuldigt
Leon Troche	SPD	entschuldigt
Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	entschuldigt
Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt

stellv. Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	entschuldigt
René Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt

beratende Mitglieder

Karina Berg	HVD Potsdam e.V.	entschuldigt
Steve Fahrendorf		entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2023

- 12 Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

- 8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

- 6 Informationen des Jugendamtes

- 6.2 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 5 NOW! Potsdam – Beratungs- und Lotsenstelle für psychische Gesundheit in Potsdam

- 6 Informationen des Jugendamtes
 - 6.1 aktueller Umsetzungsstand der Jugendamtsanträge zum Haushalt 2023/2024
- 9 Anträge
 - 9.1 Schulhöfe und Sportanlagen für Kinder und Jugendliche öffnen – jetzt !
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 10.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0676
 - 10.2 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport 23/SVV/0537
- 11 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 12 „Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“ ergänzt werde. Er begründet die Dringlichkeit und lässt dazu abstimmen. Diese wird einstimmig **angenommen**.

Weiterhin müsse Herr Prof. Dr. Hafezi die Sitzung früher verlassen, da er ab 17:30 Uhr am Ausschuss für Kultur teilnehmen müsse. Daher sollen folgende Tagesordnungspunkte nach dem Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen werden: Tagesordnungspunkt 12 „Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“, Bericht der AG HzE des Tagesordnungspunktes 8 „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ sowie der Tagesordnungspunkt 6.2 „Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung“. Anschließend fahre man mit der Reihenfolge entsprechend der Tagesordnung fort.

Der Tagesordnungspunkt 10.1 „Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft, DS 23/SVV/0676“ wird seitens der Fraktion erneut bis auf die Januarsitzung zurückgestellt. Der Tagesordnungspunkt 10.2 „Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026, 23/SVV/0537“ wird seitens der Verwaltung ebenfalls bis auf die Januarsitzung zurückgestellt.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 23.11.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

12 Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

Herr Reimann erläutert zur Stellungnahme und begründet erneut die Dringlichkeit.

Herr Prof. Dr. Hafezi begrüßt den Appell und die Stellungnahme. Momentan seien die Fallzahlen fachlich nicht zu halten und zu behandeln. Man benötige Fallzusetzungen, um die Kolleg*innen zu entlasten und um dem gesetzlichen Auftrag gut nachkommen zu können. Leider habe in den letzten Jahren keine gesunde Entwicklung der Personalstruktur im Allgemein Sozialen Dienst (ASD) stattgefunden. Ohne Personalzusetzungen werde es nicht funktionieren. Die Fallzahlen würden aktuell bei 78 liegen. Man müsse die Rahmenbedingungen ändern. Ein erster organisatorischer Schritt sei die Trennung des Fachbereiches 23 Bildung, Jugend und Sport in die Fachbereiche 21 Bildung und Sport und 23 Kinder, Jugend und Familie gewesen. Eine Nachjustierung werde im Frühjahr 2024 folgen. Es folge die Einrichtung eines Krisendienstes, der durch die Kommune selbst betrieben werde. Dieser müsse personell so ausgestattet sein, dass ein reibungsloser Betrieb möglich sei. Man werde die notwendigen Stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen einbringen und fachlich begründen. Wei-

terhin erfolge aktuell eine Personalbemessungsuntersuchung, die schon vor seinem Amtsantritt begonnen habe. Die Ergebnisse dazu würden voraussichtlich im Mai 2024 vorliegen.

In der anschließenden Diskussion betonen die Ausschussmitglieder, dass man kurzfristig eine Änderung herbeiführen müsse. Man könne nicht auf Ergebnisse im Mai 2024 warten. Man appelliert, dass man zukünftig auch rechtzeitig auf die Personalbedarfe in den Bereichen reagieren müsse. Der Personalmangel in der Verwaltung würde sich unter anderem auch in den stationären Hilfen bemerkbar machen. Wichtig sei auch die noch vorhandenen Mitarbeiter*innen zu halten, da bereits ein großer Schwund und Fluktuation zu erkennen sei. Hierfür benötige man Konzepte. Herr Prof. Dr. Hafezi informiert, dass man aktuell in der Planung sei, Dauerausschreibungen für den Bereich zu veröffentlichen.

Herr Reimann informiert zum weiteren Vorgehen mit der Stellungnahme, dass diese vom Ausschuss votiert werde. Danach solle diese im Ratsinformationssystem veröffentlicht werden. Aufgrund der Adressierung an den Oberbürgermeister sowie an den Beigeordneten Herrn Prof. Dr. Hafezi müsse man sich dazu verhalten.

Die Stellungnahme solle wie folgt geändert und ergänzt werden:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Beigeordneter,

wir, der Jugendhilfeausschuss, wenden uns heute mit größter Dringlichkeit an Sie. Die aktuelle Situation im Jugendamt unserer Stadt ist alarmierend: Die Fallzahlen pro Sozialpädagog*in haben ein unhaltbares Niveau von über **78 €** erreicht. Die hohe Arbeitsbelastung hat bereits dazu geführt, dass Kolleginnen und Kollegen einen Wechsel in Erwägung ziehen, sobald sich alternative Jobmöglichkeiten bieten.

In dieser kritischen Lage appellieren wir eindringlich an Sie, die Schaffung von mindestens 20 zusätzlichen Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sofort umzusetzen. Dies wäre das Minimum, um die Arbeitslast auf ein – ansatzweise - angemessenes Niveau zu reduzieren und dem Schutzauftrag des Jugendamts gerecht zu werden.

Als Jugendhilfeausschuss fühlen wir eine tiefe Verantwortung, sowohl gegenüber den Familien als auch den Mitarbeitenden des Jugendamtes gegenüber. Aus diesem Grund wollen wir diese untragbare Situation umgehend verbessern, indem wir gezielt um Unterstützung und Entlastung bitten.

Wir bitten im Weiteren darum, die Benchmarks aus anderen Städten heranzuziehen. Denn ein Vergleich der Besetzungsquoten könnte wertvolle Einsichten bieten, wie andere Kommunen ähnliche Herausforderungen meistern und könnte als Orientierung für die strategische Personalplanung dienen.

Obwohl derzeit eine Organisationsuntersuchung durchgeführt wird, deren Ergebnisse erst im Mai vorliegen werden, betonen wir, dass ein Abwarten bis dahin nicht tragbar ist. Die Lage erfordert umgehendes Handeln, um weitere Abgänge des Personals zu verhindern und die hohe Qualität ihrer Arbeit aufrechtzuerhalten.

Wir sind überzeugt, dass durch die gemeinsame Anstrengung und die konstruktive Zusammenarbeit, dieses Ziel erreicht werden kann. **Darum bitten wir darum im Januar Gespräche mit Vertreter*innen des Jugendhilfeausschusses dazu zu führen und spätestens im Februar im Jugendhilfeausschuss zu präsentieren.**

Herr Reimann stellt die geänderte Stellungnahme zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig angenommen

8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG HzE

Herr Küken berichtet wie folgt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Träger der Flexiblen ambulanten Angebote nach §27/2 und der Beratungsleistungen nach § 17/18 haben sich mit dem Hintergrund des Abbruchs der Verhandlungen zu einem Rahmenvertrag ambulante Hilfen nach intensiver Beratung mit einem Brief an die Verwaltung gewandt, um eine Verlängerung der bestehenden Verträge bis zum 29.02.2024 und Vertragsverhandlungen im Januar für den Zeitraum ab 01.03.2024 zu erwirken.

Zu den Hintergründen:

1. In den Jahren 2022 und 2023 fanden intensive und konstruktive Gespräche und Verhandlungen zwischen Verwaltung und den freien Trägern statt. Ziel war nicht nur die Entwicklung der Fachleistungsstunden, die Verbesserung der Bedingungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch die Idee, zukünftig wieder gemeinsam an der Entwicklung qualitativer Standards zu arbeiten. Leider wurde dieser aufwendige und intensive Prozess seitens des Beigeordneten ohne weiteren Austausch mit allen Beteiligten abgebrochen und den Trägern wurde dies kurz vor Jahresende am 06.11. offiziell bekannt gegeben. In den vergangenen vielen Jahren haben wir in der Landeshauptstadt Potsdam trotz unterschiedlicher Interessen vertrauensvoll zusammengearbeitet, immer bemüht, Lösungen zu finden. Das aktuelle Prozedere ist aus Sicht der Träger nicht zielführend und schadet letztendlich sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und am Ende unseren Klienten. So wollen wir nicht miteinander arbeiten und umgehen.
2. Ebenso kritisieren wir das aktuelle Vorgehen. Nach dem Verhandlungsabbruch wurden wir aufgefordert, neue Anträge einzureichen. Dies ist seitens der Träger erfolgt. Nun bekommen wir die Kostenblätter zugesandt, mit der Anmerkung, dass die Vereinbarungen bereits der Fachbereichsleitung zur Unterschrift vorgelegt wurden. Nachbesserungen und ein gemeinsamer Austausch sind nicht vorgesehen, zumal im Sommer besprochene beantragte Verbesserungen nicht berücksichtigt wurden.
3. Wir erwarten, dass die Themen, welche bereits bis zum Juli 2023 besprochen wurden, wieder verhandelt werden. Auch im Bereich der Flexiblen ambulanten Hilfen ist der Fachkräftemangel deutlich zu spüren. Hier ist eine klare Verbesserung der Bedingungen notwendig, um für diese anspruchsvolle und schwere Arbeit Menschen zu gewinnen und zu begeistern, sowie fachliche Standards weiter zu entwickeln. Die Angebote, welche jetzt vorliegen bedeuten Stagnation bzw. Verschlechterung und werden sich perspektivisch auf unser Klientel auswirken.

Wir haben viele Fragen. Hier nur zwei:

Was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, um wieder gemeinsam mit den Trägern im Sinne unserer Klientel zu agieren sowie zielführend und vertrauensvoll miteinander zu kommunizieren?

Welche gemeinsamen Schritte und vertraglichen Vereinbarungen sind aus Verwaltungssicht notwendig, um im Bereich der flexiblen Hilfen den Rahmen für die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass die wachsenden Bedarfe in der Stadt Potsdam bedient werden können und die anspruchsvolle Arbeit (zum Beispiel Kinderschutzfälle) in den Familien geleistet werden kann?

Frau Krönes berichtet wie folgt:

Thema Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB):

- Leistungsvereinbarungen mit der Caritas und EJF (also für drei von vier EFB der Landeshauptstadt Potsdam) enden am 31.12.2023 ohne Klausel der Wiederverlängerung, auch nicht für den Fall von Verhandlungen oder ähnliche, sondern explizit mit der Klausel, dass sie ohne Verlängerungsoption enden.
- Leistungsvereinbarung Stibb endet am 30.06.2024
- ab 01.01.2024 gäbe es nur noch Stibb, die die gesetzliche Pflichtleistung im pauschalen Stundensegment erfüllen würden.
- unterjährig mehrfache Nachfragen seitens Caritas und EJF im Jugendamt bezüglich der Vertragsverlängerung. Seitens der Landeshauptstadt Potsdam (verschiedene Kontaktpersonen) erfolgte stets eine Beruhigung, dass die Verträge verlängert werden würden.

Angebot der Stadt am 27.11.2023 an alle drei Träger:

- gewünscht seitens der Landeshauptstadt Potsdam ist eine Differenzierung der Leistungsvereinbarungen mit unterschiedlichen Abrechnungs-Modi für das pauschale Stundensegment und die langfristigen Hilfen zur Erziehung
- Wunsch der Stadt, den Interventionskatalog für langfristige Hilfen abzuschaffen.
- einheitliche Fachleistungsstunde (FLST) nach dem für die Stadt geltenden TVöD VKA
- im pauschalen Stundenkontingent würde das einer Reduzierung der bereits heute nicht mehr den Real-Löhnen entsprechenden FLST von Caritas und EJF entsprechen.
- unklar ist, ob im pauschalen Stundenkontingent weiterhin der Interventionskatalog zur Anwendung kommt, nach dem die Träger arbeiten

Antwort der drei Träger an die Stadt und „Gegenvorschlag“ vom 04.12.2023:

- Signal der Offenheit für Gespräche über eine Veränderung der Finanzierungsstruktur
- Angesichts der fortgeschrittenen Zeit im Jahresablauf und der Tatsache, dass die Leistungsvereinbarungen von Caritas und EJF am 31.12.2023 enden, Bitte um Verlängerung derselben bis zum 30.06.2024 analog der bestehenden Vereinbarung von Stibb.

- Bitte um Auftakt-Gespräch noch in diesem Jahr, um in bewährter Tradition Vertragsverhandlungen mit Veränderungsinteressen konstruktiv und in beiderseitigem Interesse zu führen.
- Positives Signal der Stadt am 11.12.2023, dass die Verträge von EJF und Caritas analog zu dem Vertrag von STIBB bis zum 30.06.2024 verlängert werden und die Zeit bis dahin genutzt wird, um die Vertragsverhandlungen zu führen. Gleichzeitige Kündigung des Vertrags von Stibb zum 30.06.2024.
- Die Kritik der Träger besteht vor allem in der Kurzfristigkeit der Abläufe, da dies zu einer großen Unsicherheit in der Planung und auch unter den Mitarbeitenden führt und in der Art und Weise wie mit langjährigen Kooperationspartnern umgegangen wird.
- Die gewünschten Veränderungen würden zu einer Reduzierung der Finanzierung der EFB bei gleichbleibender Leistung führen, welches von existentieller Bedeutung für die Berstungsstellen ist.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass er zu den Verhandlungen eine andere Erinnerung habe. Diese seien in seiner Wahrnehmung nicht abgebrochen worden. Er habe bereits im letzten Jugendhilfeausschuss deutlich gemacht, dass gute Ergebnisse ausgehandelt worden seien. Dies stelle man als Landeshauptstadt Potsdam nicht in Frage. Das Geld sei nicht im Haushalt dafür eingestellt, daher wolle er keine Versprechungen machen. Im weiteren Vorgehen wolle man bisher die Verträge bis zum 29.02.2024 verlängern. Er schlage vor dies bis zum 30.06.2024 auszuweiten. Man wolle im Haushalt Deckungssummen suchen, so dass das Jahr 2024 gut ausgestaltet werden könne. Die Dinge müssten objektiv und sachlich miteinander besprochen werden, dann finde man auch für alles eine Lösung. Er bitte darum die Schärfe in der Diskussion beiseite zu legen. Im Februar 2024 werde man dazu ins Gespräch kommen und aushandeln, wie es weitergehe. Ab 2025 wolle man das dann so umsetzen, wie es besprochen worden sei.

Frau Peters ergänzt, dass man mit den Trägern, die die Flexhilfen anbieten würden, ins Gespräch gehen werde.

Herr Küken mahnt, dass es zum 01.03.2024 eine tarifliche Veränderung gebe. Deshalb müsse man vor dem 29.02.2024 Gespräche führen. Er erwarte, dass die Verwaltung auf ihn zukomme.

Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass man gemeinsam eine Lösung finden werde.

6 Informationen des Jugendamtes

6.2 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung Bereich 234 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Verwaltung aktuell die Entwicklung in den Planungsräumen und standortbezogen eher als Chance sehe. Die räumliche Standardsetzung, welche für die Erlaubnis des Betriebs von Einrichtungen erforderlich sei, stelle teilweise überholte Mindeststandards dar. Die Entwicklung von unter anderem inklusiver Kindertagesbetreuung mit multiprofessionellen Akteuren brauche zu entwickelnde Rahmenbedingungen. Es sei vorgesehen (Start im Januar 2024) auf planungsräumlicher Ebene standortbezogene Gespräche mit allen Trägern der Kindertagesbetreuungseinrichtungen zu führen. Standortbezo-

gene Besonderheiten, planungsräumliche, sozialräumliche und stadtweite Entwicklungen seien Bestandteil der gemeinsamen Gespräche. Über das methodische Vorgehen, den Teilnehmerkreis und die Folgeschritte muss entschieden werden. Eine regelmäßige Überprüfung und Auswertung der Stichtage im Abgleich mit der Planung sei unerlässlich. Die Bedarfsplanung sei bedarfsgerecht zum schnellstmöglichen Zeitpunkt fortzuschreiben und sofern erforderlich zu korrigieren. Da jedoch voraussichtlich in 2024 nicht mit einer Aktualisierung der Bevölkerungsprognose zu rechnen ist, werden gemeinsam noch im laufenden Jahr mit dem Bereich Statistik und Wahlen 553 Möglichkeiten und nächste Schritte bis zum Vorliegen der neuen Prognose beraten. Im Ergebnis des Abgleichs der Bestandszahlen mit der aktuellen Planung werde auch über Neubauvorhaben und erforderliche Korrekturen zu befinden sein. Darüber hinaus prüfe die Erlaubnisbehörde (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - MBS) aktuell standortbezogen die für die Betriebserlaubnis relevanten Aspekte in einigen Einrichtungen auf Aktualität. Auch hier könnten sich möglicherweise aufgrund konzeptioneller Entwicklungen Kapazitäten verändern. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sei in der gesetzlichen Verantwortung im Benehmen mit den Trägern den Bedarfsplan fortzuschreiben. Die Realisierung des Förderauftrages sowie der §§ 22 und 22a SGB VIII, die Erreichbarkeit, die tatsächliche Inanspruchnahme und das Wunsch- und Wahlrecht seien zu beachten.

Herr Prof. Dr. Hafezi schließt an, dass er die ausreichend vorhandenen Kapazitäten begrüße. Man müsse sich Gedanken machen, wie man das qualitativ in den nächsten Jahren in die richtige Richtung entwickeln könne. Fachlich müsse man sich damit beschäftigen, welche Handlungserfordernisse sich unter anderem daraus ergebe. Das MBS schaue sich regelmäßig die Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung an und fordere die Landeshauptstadt Potsdam auf, diese angemessen fortzuschreiben. Basierend auf den Prognosedaten müsse man spätestens in 2025/2026 fortschreiben – auch für den Kitabereich. Hierzu werde man frühestens in 2025 eine Erhebung vorliegen haben. Danach würden belastbare Zahlen vorliegen, woraus man schlussfolgern könne, ob ein Überangebot vorliege und wie es sich räumlich innerhalb der Stadt gestalte.

Auf Nachfrage zur Prognose erläutert Frau Elsaßer, dass dies noch nicht absehbar sei. Man müsse die Tendenz der nächsten Jahre abwarten. Aktuell könne man nur mit Planzahlen aus der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung agieren. In 2023 habe man im Krippen- und Kitabereich die Situation einer Nichtauslastung zwischen 1300 und 1500 Plätzen gehabt. Pro Planungsraum seien nicht exorbitant viele freie Plätze zu verzeichnen gewesen.

In der anschließenden Diskussion bittet man darum, sicherzustellen, dass die Mitarbeiter*innen gehalten werden können. Zum Beispiel könne man Standorte mit höheren Belastungen mit dem Überpersonal anderer Einrichtungen ausstatten. Die Verwaltung werde hierzu auf Basis der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung die Bedarfe der freien Träger planungsraumtechnisch eruieren und besprechen.

Der Kita-Elternbeirat bitte um eine Aufstellung der tatsächlich verfügbaren Kitaplätze (mindestens nach Planungsräumen) unter Berücksichtigung nicht belegbarer Plätze durch zum Beispiel Personal- oder Raummangel in der Januarsitzung.

Herr Prof. Dr. Hafezi verabschiedet sich, da er anschließend am Ausschuss für Kultur teilnehmen werde. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die bisherige gemeinsame Zusammenarbeit und wünscht frohe Weihnachten sowie einen guten Start in das neue Jahr 2024.

4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet für den Kreisschülerrat, dass dieser am 13.12.2023 zuletzt getagt habe. Man habe Gruppen zu bestimmten Themen, wie zum Beispiel Ausstattung an Schulen, kostenlosem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), etc. gegründet. Bezüglich des Themas Aufenthaltsorte für Kinder und Jugendliche in Potsdam wolle man im März 2024 eine Sitzung durchführen. Herr Bulgrin lädt dazu den Jugendhilfeausschuss ein. Herr Reimann bittet darum, sich dazu mit ihm im Nachgang zu verständigen, da bisher für diesen Tag ebenfalls eine Jugendhilfeausschusssitzung geplant sei.

Der Kreisschülerrat stelle weiterhin einen stellvertretenden Landesschülersprecher, Herrn Ron Bulgrin.

5 NOW! Potsdam – Beratungs- und Lotsenstelle für psychische Gesundheit in Potsdam

Herr Jannis Seidemann, stellvertretender Geschäftsführer von NOW! Potsdam, stellt anhand einer Präsentation vor (Anlage 1).

Es wird eine erneute Vorstellung im Jugendhilfeausschuss mit aktuellen Zahlen in einem halben Jahr vereinbart.

6 Informationen des Jugendamtes

6.1 aktueller Umsetzungsstand der Jugendamtsanträge zum Haushalt 2023/2024

Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken (Ifd. Nr. 2)

Frau Elsaßer berichtet, dass mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.12.2021 die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert worden sei, in der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022 erforderliche Mittel, die für die Erfüllung der pflichtigen Leistung für Kinder mit besonderem Bedarf in Kindertagesstätten gemäß KitaG § 12 in Höhe von 800.000€ in den Haushalt der LHP im Jahr 2022 einzustellen. Die für die Umsetzung dieser Pflichtaufgabe aufzuwendenden Mittel sind für die Folgejahre in der jeweils erforderlichen Höhe zu sichern. In Analogie zu Berliner Entscheidungen erfolge seit 2022 eine Förderung von Kindertageseinrichtungen in Potsdam mit mehr als 40% Kinder mit Migrationshintergrund. Im Ergebnis in 2022 seien somit elf Einrichtungen (Krippe und Kindergarten) mit zusätzlichem Personal gefördert worden. Das seien auch die Einrichtungen, in denen besondere Belastungslagen (Rückmeldungen aus Einrichtungen und Ergebnisse Sprachstandserhebungen) deutlich geworden seien. Freie Träger hätten sich unter anderem in der AG 78 Kita mehrfach dafür ausgesprochen, dass über die Förderung hinaus auch Horteinrichtungen zu berücksichtigen wären. Daraufhin sei im Rahmen der Haushaltsplanung der finanziell pflichtige Bedarf für alle Betreuungsformen (2023/ 2024) ermittelt worden. In der Planung 2023/2024 habe dies einen Ansatz in Höhe von 1.780 T Euro ergeben. Darüber

hinaus habe die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2023 (Änderungen der Fraktionen zur Haushaltssatzung 2023/24) folgenden Beschluss gefasst:

Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken

Die Stadtverordnetenversammlung möge vorbehaltlich des ausstehenden Prüfergebnisses der Verwaltung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Haushaltsmittel für die Betreuung von Kindern mit besonderem Entwicklungsbedarf in Potsdamer Kitas für das Jahr 2024 um 450.000 Euro zu erhöhen, umso eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Förderung der Kinder zu gewährleisten und den personellen Ressourcenbedarf zu decken.

Durch diese Entscheidung stünden folgend zuzüglich zu den Haushaltsansätzen 2023/2024 900.000 Euro zur Verfügung. Aus der AG 78 Kita sei die Unter-Arbeitsgemeinschaft (UAG) 78 Kita „Inklusive Kindertagesbetreuung in Potsdam“ beauftragt worden, konzeptionelle Möglichkeiten für einen nachhaltigen Einsatz der Mittel zu erarbeiten. Die Ergebnisse wurden in der AG 78-Sitzung am 21.11.2023 vorgestellt. Am Ende eines umfassenden Austauschs habe man sich mehrheitlich für folgende Säulen (ab 2024) entschieden: Kinder mit Migrationshintergrund, Modellprojekt „Auf dem Weg zur Inklusion“, Modellprojekt „Kita-Sozialarbeit“. Im Nachgang der Sitzung der AG 78 sei durch ein Mitglied in der Sache mit Bezug auf das Landesprogramm Kiez Kita und die Möglichkeit des Einsatzes von finanziellen Mitteln für sogenannte weitere standortbezogene Einzelentscheidungen darum gebeten worden, den Vorgang nochmals in der kommenden AG 78 zu besprechen. Die durch die UAG 78 erarbeiteten Maßnahmen würden die Umsetzung des Beschlusses nachhaltig ermöglichen. Eine Umsetzung wird empfohlen. Darüber hinaus sollte die geäußerte standortbezogene Sorge im Einzelfall in der AG 78 besprochen und gegebenenfalls eine vierte Säule für Einzelfallentscheidungen aufgenommen werden. Über Kriterien sollte in der AG 78 zu Beginn 2024 entschieden werden.

Leuchtturmprojekt für Potsdam: Familienzentren jetzt umsetzen (Ifd. Nr. 3.)

Frau Elsaßer berichtet, dass die Stadtverordnetenversammlung in der Sache folgende Änderung der Fraktionen zur Haushaltssatzung 2023/2024 (DSSCC/0219) beschlossen habe:

Leuchtturmprojekt für Potsdam: Familienzentren jetzt umsetzen

Der Oberbürgermeister wird gebeten in Zusammenarbeit mit geeigneten Kitas und weiteren relevanten Institutionen, ein Konzept "Mo.Ki - Monheim für Kinder" in Potsdam zu erstellen.

Dem Jugendhilfeausschuss ist zum Stand der Qualifizierung halbjährlich zu berichten.

Das Konzept „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ beschreibe einen Präventionsansatz. Anliegen sei es, Kinder- und Jugendhilfeangebote systematisch umzubauen. Die Entwicklung des Kindes stehe bezogen auf präventive Arbeit im Mittelpunkt. Für nachhaltige Erfolge in der pädagogischen Arbeit bedarf es trägerübergreifender Fachkräfte und Netzwerke mit zahlreichen Kooperationspartnern. Aktuell unterstütze die Verwaltung Konzepte / Anträge von Kita-Trägern bezogen auf die Richtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) über die Förderung von Familienzentren im Land Brandenburg (Familienzentren-Förderrichtlinie) vom 10.07.2023. Ein Kindertagesbetreuungsstandort in Potsdam, Am Schlaatz habe bereits einen Zuschlag erhalten. Der Ausbau werde schritt-

weise mit dem Fokus der Vernetzung begleitet werden. Über die Strategieumsetzung / Konzeptionierung sei gemeinsam mit Kinder- und Jugendhilfeakteuren zu befinden.

Potsdamer Familien stärken: Ausbau der Beratungsstellen (Ifd. Nr. 4.)

Frau Peters berichtet, dass ein Interessenbekundungsverfahren für Frühjahr 2024 geplant sei. Der Ausschreibungstext, sowie die spätere Auswahl eines Trägers, erfolge unter Beteiligung eines Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses.

Hierfür stellt sich Herr Frank Otto zur Wahl.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**

Ticketfreier ÖPNV für Schülerinnen und Schüler (Ifd. Nr. 8.)

Herr Gessner berichtet, dass der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg im September 2023 einen Beschluss gefasst habe, womit das Schüler*innenticket zum 01.01.2024 zum Preis von 15 Euro pro Monat zur Verfügung gestellt werden solle. Das Landesamt für Bauen und Verkehr (Genehmigungsbehörde) habe dem noch zustimmen müssen, was mittlerweile erfolgt sei. Die Familien werden angeschrieben und informiert. Rückerstattungen würden automatisch erfolgen.

Schülerarbeits- und Aufenthaltsraum am Einstein-Gymnasium (Ifd. Nr. 10.)

Herr Gessner berichtet, dass für die vorgesehene Nutzung als Oberstufenraum/ Selbstlernzentrum eine Umwidmung im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens notwendig sei. Hierbei werde die neue Nutzung und dementsprechend auch die geänderten Anforderungen an den Brandschutz neu betrachtet. Weiterhin werde hierbei geprüft, ob der Ausbau des alten Regalsystems mit Zwischendecke aus verschiedenen Gesichtspunkten (Denkmalschutz, Statik usw.) möglich sei. Gemäß Antrag und Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Beschlusses des Haushaltes 2023/2024 vom 07.06.2023 seien die notwendigen Mittel in den Wirtschaftsplan 2023 des Kommunalen Immobilien Service für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 40.000 Euro aufgenommen. Die Maßnahme könne erst im Jahr 2024 beginnen, da die finanziellen Mittel auch erst im Haushalt 2024 eingestellt und genutzt werden können.

Kostenloses Mittagsangebote für Schülerinnen und Schüler (Ifd. Nr. 11.)

Herr Gessner berichtet, dass die Begrenzung des Portionspreises auf 3,90 Euro für ein Schulmittagessen gemäß des Stadtverordnetenbeschlusses ab dem 01.09.2023 umgesetzt werde. Der Beschluss verliere Ende 2024 seine Wirkung.

Kostenloses Frühstücksangebot an allen Grundschulen (Ifd. Nr. 12.)

Herr Gessner berichtet, dass das mit dem Beschluss zur Verfügung gestellte Budget nicht ausreiche, um an allen Grundschulen ein kostenfreies Frühstück anbieten zu können. Daher habe man eruiert, welche Schulen besonders viele Kinder mit Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) hätten. Diese Schulen wurden gefragt, ob sie das Frühstücksangebot annehmen möchten. Aus dieser Umfrage hätten zwei Schulen ihr Interesse an diesem kostenfreien Frühstück bekundet. Derzeitig würden die Vorbereitungen zum Ausschreibungsverfahren an den jeweiligen Schulen laufen. Anfang 2024 könne das Verfahren für die beiden Schulen ins Laufen kommen, voraussichtlich Anfang des 2. Quartals 2024.

Weitere Details zu Teilnehmerzahlen (auf Nachfrage) werden als Anhang für das Protokoll nachgereicht (Anlage 2).

Ausstattung aller Schulen mit Menstruationsartikeln (Ifd. Nr. 13.)

Herr Gessner berichtet, dass die finanziellen Mittel gemäß Änderungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2023/2024 für die Ausstattung der Schulen und schulischen Einrichtungen mit Periodenproduktespendern eingesetzt werden. Aktuell werde die erforderliche Spenderausstattung nach Art und Umfang geprüft sowie eine Priorisierung der Schulstandorte für die Installation vorgenommen. Anschließend werde das öffentliche Vergabeverfahren durchgeführt. Nach erfolgter Installation würden die Periodenproduktespender mit Menstruationsartikeln als Verbrauchsmaterialien im Rahmen der vertraglichen Unterhaltsreinigung vom zuständigen Reinigungsdienstleister befüllt. Die Finanzierung der laufenden Befüllung erfolge über das Budget „Betriebskosten an KIS“. Voraussichtlich werde zum zweiten Quartal 2024 die sukzessive Installation der Periodenproduktespender an den Schulen und schulischen Einrichtungen erfolgen.

Schulsekretariate (Ifd. Nr. 15.)

Herr Gessner berichtet, dass für die Erfüllung der pflichtigen Schulträgeraufgaben entsprechend dem v. g. Beschluss folgende Stellen eingerichtet wurden: 1. eine Vollzeit-Stelle Schulsekretariat im Springersystem mit Sperrfrist 30.04.2024, 2. eine 0,75-Stelle für das Schulsekretariat der Michael-Ende-Grundschule (47), 3. eine 0,25-Stelle Schulsekretariat Schule am Schloss (28) (Aufstockung der 0,75-Stelle auf eine Vollzeit-Stelle), 4. eine 0,75-Stelle Schulsekretariat Gymnasium Bornstedt. Eine Stelle im Springersystem sowie die 0,75-Stelle für die Grundschule 48 in Krampnitz stehen derzeit noch nicht zur Verfügung. Die 0,75-Stelle für die Eröffnung der Grundschule 48 in Krampnitz wird nach aktuellem Stand erst mit der Haushaltssatzung 2025 benötigt.

Kooperative temporäre Lerngruppe „Weidenhof“-Grundschule (Ifd. Nr. 9.)

Herr Becker berichtet, dass nach erfolgreicher Akquise einer sozialpädagogischen Fachkraft die kooperative temporäre Lerngruppe ab dem 16.10.2023 in Trägerschaft von Independent Living Stiftung fortgeführt werden konnte.

Ausbau Schulsozialarbeit (Ifd. Nr. 17.)

Herr Becker berichtet, dass ab dem Schuljahr 2024/2025 folgende bisher unversorgte Schulen Schulsozialarbeit erhalten: Grundschule am Telegrafenberg (43), Abendschule Heinrich von Kleist (15), Michael-Ende-Grundschule (47). Entgegen der bisherigen Planung gehen weitere staatliche Schulen erst 2024/2025 beziehungsweise 2025/2026 an den Start und erhalten Schulsozialarbeit erst nach einem Jahr Schulbetrieb. Im Doppelhaushalt 2023/2024 seien für 2024 Finanzen für 3,0 BZÄ eingestellt, in der MiFi ab 2025 für 5,0 VZÄ geplant.

Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ (Ifd. Nr. 18.)

Herr Becker berichtet, dass die Etablierung der Integrationsschulsozialarbeit (ISSA) an vier Schulstandorten erfolge (Weidenhof-Grundschule (40), Grundschule am Humboldttring (37), Oberschule Theodor Fontane mit Primarstufe (51), Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule (46)). Die Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe habe am 07.06.2023 das Fachvotum zu weiteren Schulstandorten mit Bedarf an ISSA auf Basis der im Konzept festgelegten Vergabekriterien (das Fachvotum benennt sechs weitere Schulstandorte nach Rang sowie die mobile Integrationsschulsozialarbeit) bestätigt. Zur Umsetzung des Fachvotums stünden in 2025 keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Die ISSA werde wie die reguläre Schulsozialarbeit durch Auswertung der Sachberichte, jährliche Auswertungsgespräche mit den Schulen/Schulsozialarbeiter*innen/Trägern und Auswertungsgesprächen mit den Trägern von ISSA evaluiert.

Finanzierung des ESF-Projekts JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST Best) (Idf. Nr. 19.)

Herr Becker berichtet, dass keine Beteiligung an dem besagten ESF Projekt stattfindet, da keine verbindliche Ko-Finanzierung zur Antragsfrist vorhanden gewesen sei (Ansatz 70.000 Euro).

Einrichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz (Idf. Nr. 20.)

Herr Becker berichtet, dass die Stelle bis zum 30.04.2024 gesperrt sei.

Laut Herr Reimann dürfe die Stelle wieder entsperrt werden, der Geschäftsbereich könne da eigenständig handeln.

Einrichtung einer Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (Idf. Nr. 21.)

Herr Becker berichtet, dass die Stelle bis zum 30.04.2024 gesperrt sei.

PLUS Programm (Idf. Nr. 22.)

Frau Margraf berichtet, dass für das Förderprogramm „Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem für schulbezogene Jugendhilfeleistungen an den Schulen der Landeshauptstadt Potsdam (PLUS)“ durch einen haushaltsbegleitenden Beschluss für 2023 und 2024 ein zusätzliches Sonderbudget in Höhe von insgesamt 300.000,00 Euro vorliege. Konkret bedeute dies folgendes: das vorhandene Budget für 2024 in Höhe von 350.000,00 Euro abzüglich bereits für das 1. Halbjahr aufgrund des Schuljahres 2023/2024 gebundener Haushalts-Mittel von 108.000,00 Euro ergeben 242.000,00 Euro, regulär ab September 2024 bis Dezember 2024 für das Schuljahr 2024/2025. Eine extra zu bewilligende kurzfristige PLUS-Förderung für das 2. Schulhalbjahr 2023/2024 (ab Februar bis Juli 2024) sei nicht sinnvoll, da einerseits die Koordination zusätzlicher Projekte aufgrund engmaschiger Planung des Schuljahres sowohl für die Projektträger als auch für die Schulen komplex und nur mit ausreichendem Zeitvorauslauf realisierbar wäre. Hinzu komme das anschließende Antrags-, Prüf- und Bewilligungsverfahren durch das Jugendamt, welches ebenfalls einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf benötige. Die beiden Sonderbudgets ließen sich jeweils einmalig als Rest in das nachfolgende Jahr verschieben, das heißt das Zusatzbudget 2023 in Höhe von 100.000,00 Euro einmalig in 2024 und Zusatzbudget 2024 in Höhe von 200.000,00 Euro einmalig in 2025. Empfehlenswert sei die Umsetzung der Sonderbudgets 2023 und 2024 im nächsten regulären PLUS-Antragsverfahren für das Schuljahr 2024/2025 mit folgender Aufteilung: 2024 (ab September bis Dezember 2024 = 242.000,00 Euro plus 100.000,00 Euro (aus 2023) = 342.000,00 Euro; 2025 regulär 175.000,00 Euro für 2. Schulhalbjahr plus 200.000,00 Euro aus 2024 = 375.000,00 Euro. In diesem Vorschlag gebe es eine relativ gleichmäßig finanzielle Aufteilung beider Schulhalbjahre und es entstünde einmalig ein Gesamtbudget von 717.000,00 Euro für das Schuljahr 2024/2025. Es werde empfohlen, neben den bisherigen antragstellenden Trägern alle weiteren Träger der Jugendförderung über das zusätzliche Budget zu informieren. Der zeitliche Vorlauf ermögliche so, eine breite Trägerschaft anzusprechen und somit eine möglichst vielfältige Projektauswahl gemäß der Programm-Richtlinie sowie größtmögliche Planungssicherheit bei den antragstellenden Trägern sowie kooperierenden Schulen zu gewährleisten. In der Kommunikation mit den Trägern und den Schulen sei eine Deckelung auf maximal 10 PLUS-Projekte pro freien Träger und gleichzeitig maximal 2 PLUS-Projekt(e) pro Potsdamer Schule empfehlenswert.

Die Antragsaufforderungen und damit auch Informationen zum Antragsverfahren werden den freien Trägern voraussichtlich bis zur nächsten Woche zugestellt.

In der anschließenden kontrovers geführten Diskussion zum Antragsverfahren und den Rahmenbedingungen zur Richtlinie wird vereinbart, die Thematik ausführlicher in der AG JuFö zu behandeln. Danach soll eine erneute Vorstellung im Jugendhilfeausschuss erfolgen.

9 Anträge

9.1 Schulhöfe und Sportanlagen für Kinder und Jugendliche öffnen – jetzt !

Herr Ströber bringt den Antrag ein.

Herr Reimann ergänzt, dass Schulen, die neugebaut würden, konzeptionell bereits entsprechend geplant werden sollten.

Herr Gessner berichtet, dass die Verwaltung die Intention des Antrages befürworte. Rahmenbedingungen würden jedoch eine pauschale Öffnung aller Schulhöfe erschweren (zum Beispiel fehlende Genehmigung gemäß Bauantrag und weiterer baurechtlicher Belange, Immissionsschutz gemäß Sportlärmschutzverordnung (Anwohner), Hortnutzung, Nähe zu anderen geöffneten großen Freizeitanlagen, etc.). Es könne für Neubauten berücksichtigt werden. Im Zusammenhang mit der DS 21/SVV/0728 seien bereits alle relevanten Schulstandorte auf eine mögliche Öffnung oder Teilöffnung der Schulhöfe und Schulsportanlagen geprüft worden. Eine aktuelle Liste zum Sachstand könne dem Protokoll angefügt werden (Anlage 3). Im Ergebnis bestünden schon heute an vielen Schulstandorten Mitnutzungsmöglichkeiten der Schulsportanlagen. Darüber hinaus werde bei aktuellen Schulbauprojekten an den Standorten Pappelallee, Schlaatz und Krampnitz bereits für die Öffentlichkeit mitnutzbare Sportanlagen berücksichtigt. Man berichte hierzu regelmäßig im Ausschuss für Bildung und Sport und könne dies auch im Jugendhilfeausschuss tun.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das mit dem Aktionsplan Kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 bis 2020 beschlossene Leitziel -eine verschränkte öffentliche Nutzung von Schul- und Sportflächen, Kitas sowie Turnhallen ist in Potsdam zu gewährleisten - (Maßnahme 4.1.5) weiter kontinuierlich umzusetzen.

Dazu sind spätestens ab dem Haushaltsjahr 2025/2026, nach Möglichkeit früher,

1. sukzessive alle bestehenden Schulstandorte für die außerschulische öffentliche Nutzung zugänglich zu machen, mindestens aber drei weitere Standorte pro Jahr und
2. die finanziellen Mittel dafür entsprechend bereitzustellen.

Zusätzlich ist bei Schulneubauten die öffentliche Nutzung der Schulhöfe und Sportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten generell sicher zu stellen.

Der Jugendhilfeausschuss ist halbjährlich über den Stand der Umsetzung zu informieren

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

Laut Geschäftsordnung dürfe der Jugendhilfeausschuss nicht länger als 20:00 Uhr tagen, außer die Mehrheit der Ausschussmitglieder stimme dafür.

Herr Reimann stellt die Verlängerung der Sitzung zur Abstimmung.

Abstimmung:
Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 2

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**

Es wird vereinbart, dass die Berichte zu den Tagesordnungspunkten 7 „Bericht des Kita Elternbeirates“ sowie 8 „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ dem Protokoll angefügt werden.

7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 4).

8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG Kita

Es erfolgte keine Berichterstattung.

UA JHP

Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 5).

Weiterhin wird ein Bericht zum Thema Lenkungsgruppe Schule/Jugendhilfe durch Herrn Ströber für das Protokoll zur Verfügung gestellt (Anlage 6).

AG JuFö

Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 7).

10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

10.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Die Drucksache wird seitens der Fraktion auf die Januarsitzung **zurückgestellt**.

10.2 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026

23/SVV/0537
vertagt

Die Drucksache wird seitens der Verwaltung auf die Januarsitzung **zurückgestellt**.

11 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Tiemo Reimann

Eva Thäle

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Beratungs- und Lotsenstelle

NOW!

...Normaler Wahnsinn



Frühes, niedrigschwelliges Unterstützungs- und Netzwerkangebot

Zielgruppen



NOVA!
NOVA! *NOVA! NOVA!*

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Lotsenfunktion

Niedrigschwelligkeit

Ressourcenorientiert

Verbindungsstelle

NEW!
...Normaler Wahnsinn

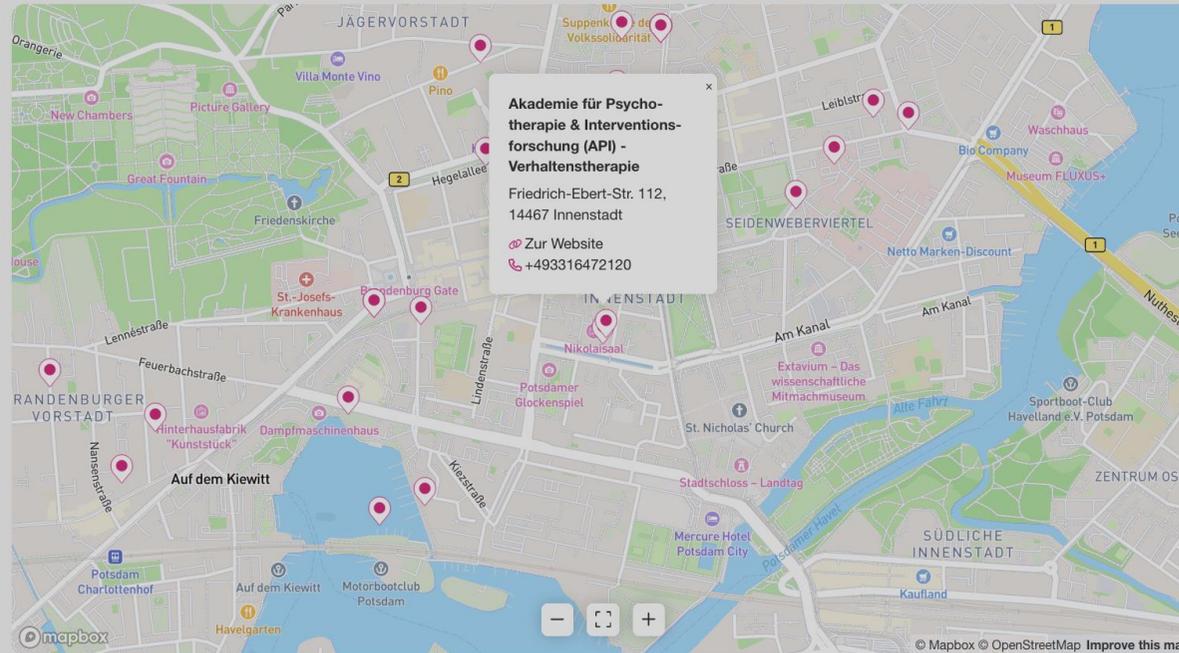
Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Du bist:

44 von 193 Ergebnisse

[Filter zurücksetzen](#)



Akademie für Psychotherapie & Interventionsforschung (API) - Verhaltenstherapie

Friedrich-Ebert-Str. 112, 14467 Innenstadt

[Zur Website](#) [+493316472120](tel:+493316472120)

Anke Kowalkowski - Verhaltenstherapie, Systemische Therapie

Kesselgrundstraße 1 - 5, 14542 Werder

info@praxis-kowalkowski.de [+493327569590](tel:+493327569590)

Anne Schmitter-Böckelmann

Dachsweg 42, 14974 Ludwigsfelde

[Zur Website](#)

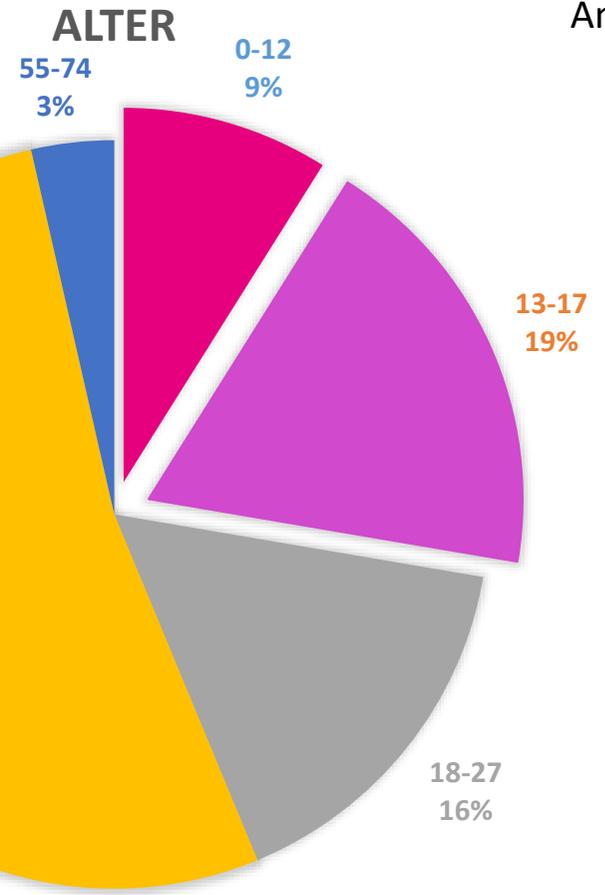
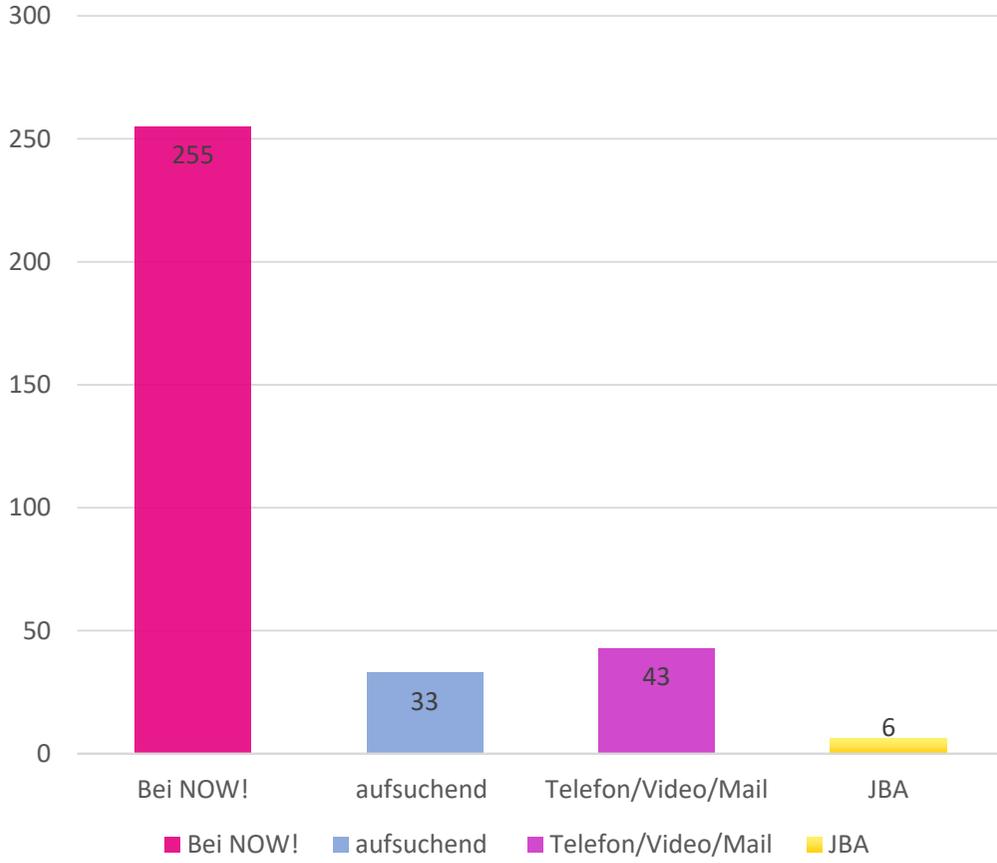
[@anne.schmitter-boeckelmann@web.de](mailto:anne.schmitter-boeckelmann@web.de) [+493378209900](tel:+493378209900)

-
-
-
-
-
-
-
-

[Filter schließen](#)

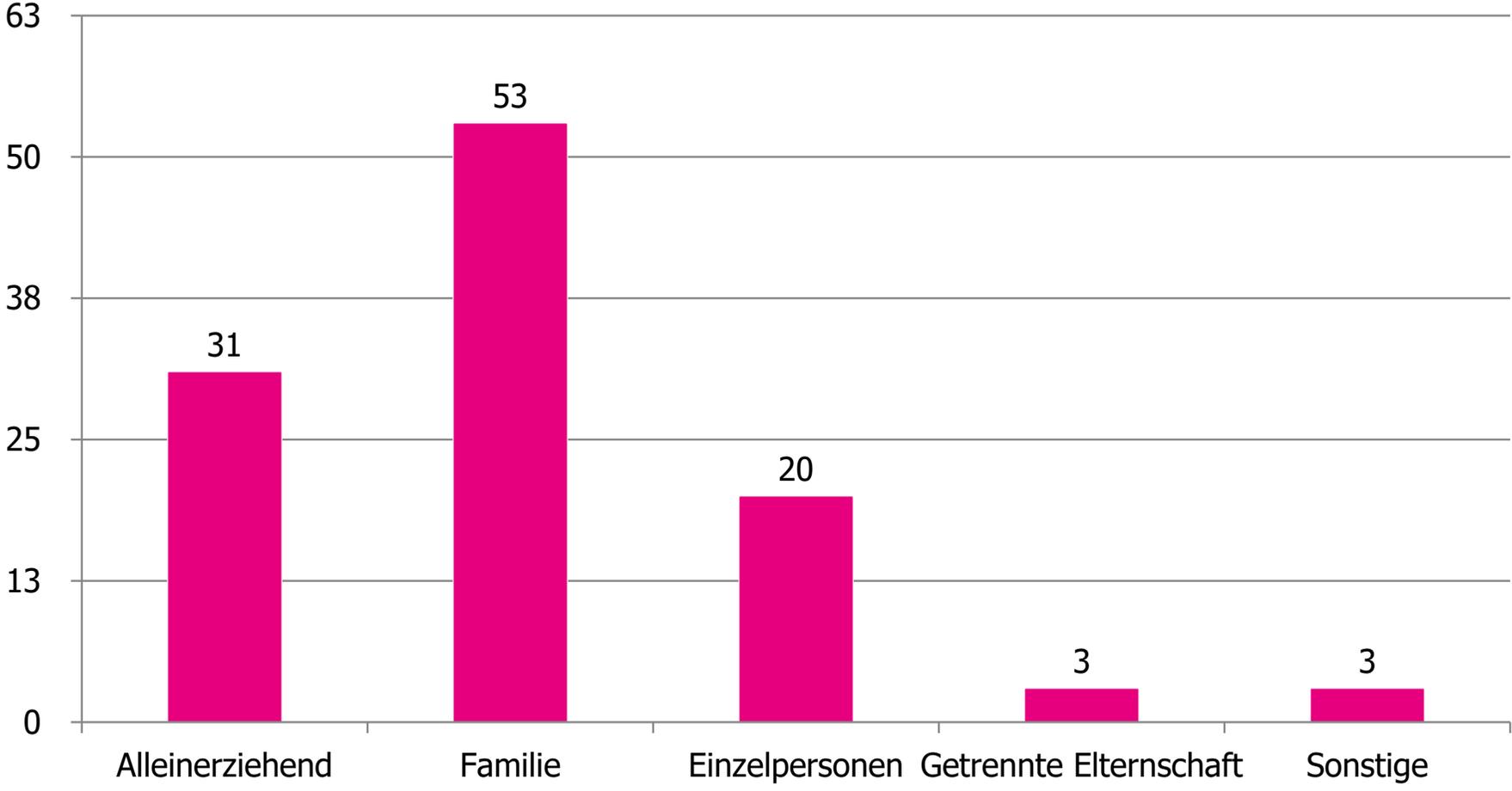


Erreichte Ratsuchende 110 (Stand 11.12.2023)

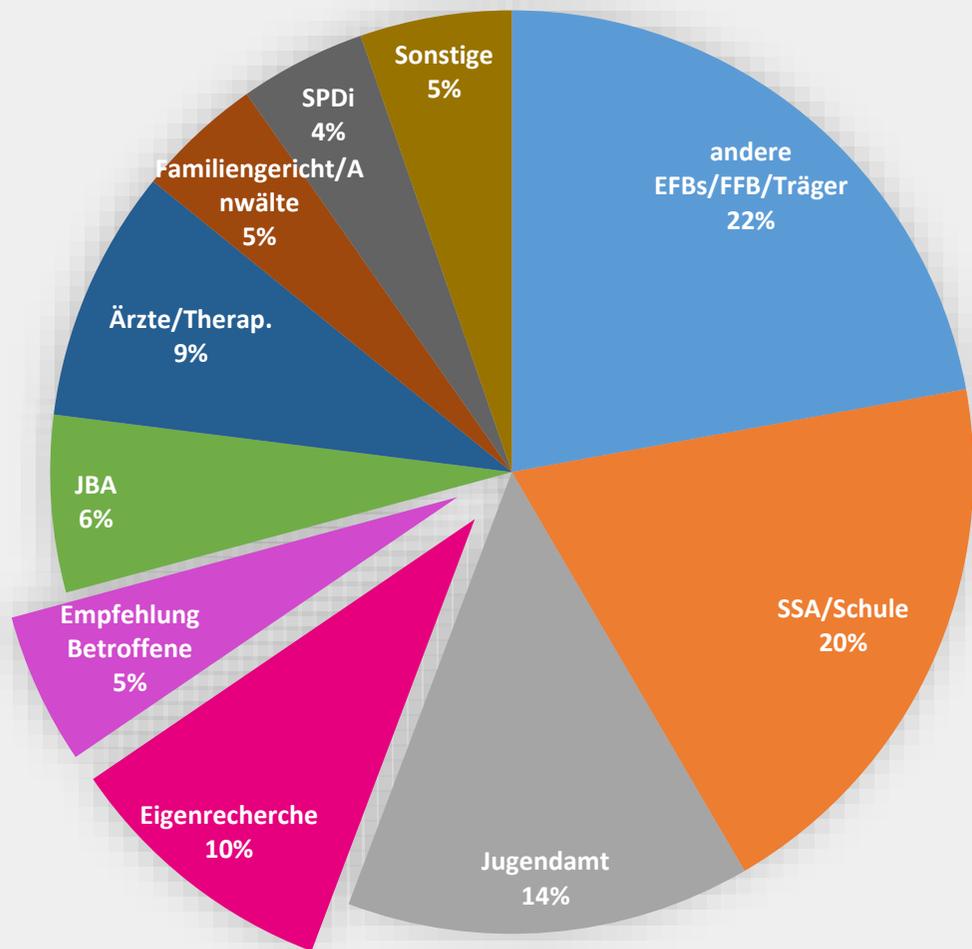


Ø Neuklienten pro Monat **12,5**

Länge der Beratungen: **2,54 Std.**



Vermittelt durch:



Netzwerkarbeit

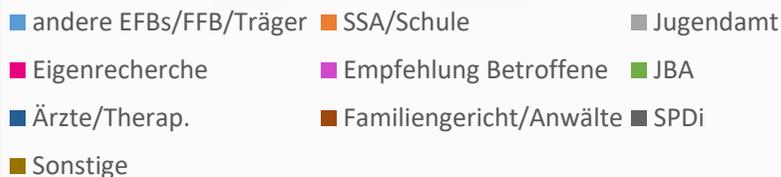
Anlage 1

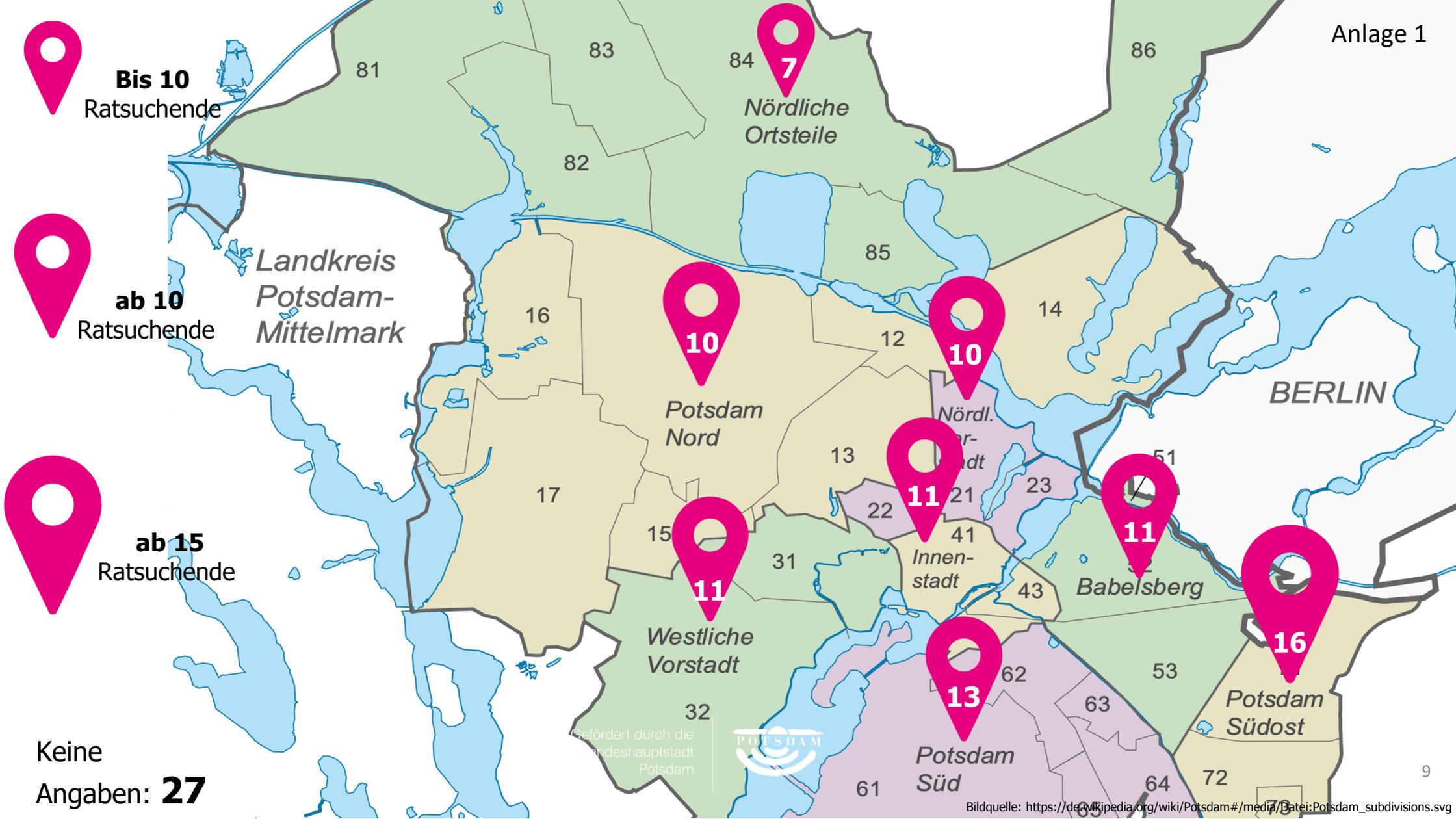
externe Veranstaltungen+Netzwerkgespräche
17 mit 54,5 Std. und über **250** direkt erreichten
Personen

Besucher Website
650-1400 Besucher:innen im Monat

Kooperationen fest institutionalisiert
Jugendberufsagentur, Suchtpräventionsstelle LHP,
Aktionsbündnis seelische Gesundheit, SinAcohol,
AWO Rückhalt, Tagesstätte Mittendrin, Obeon

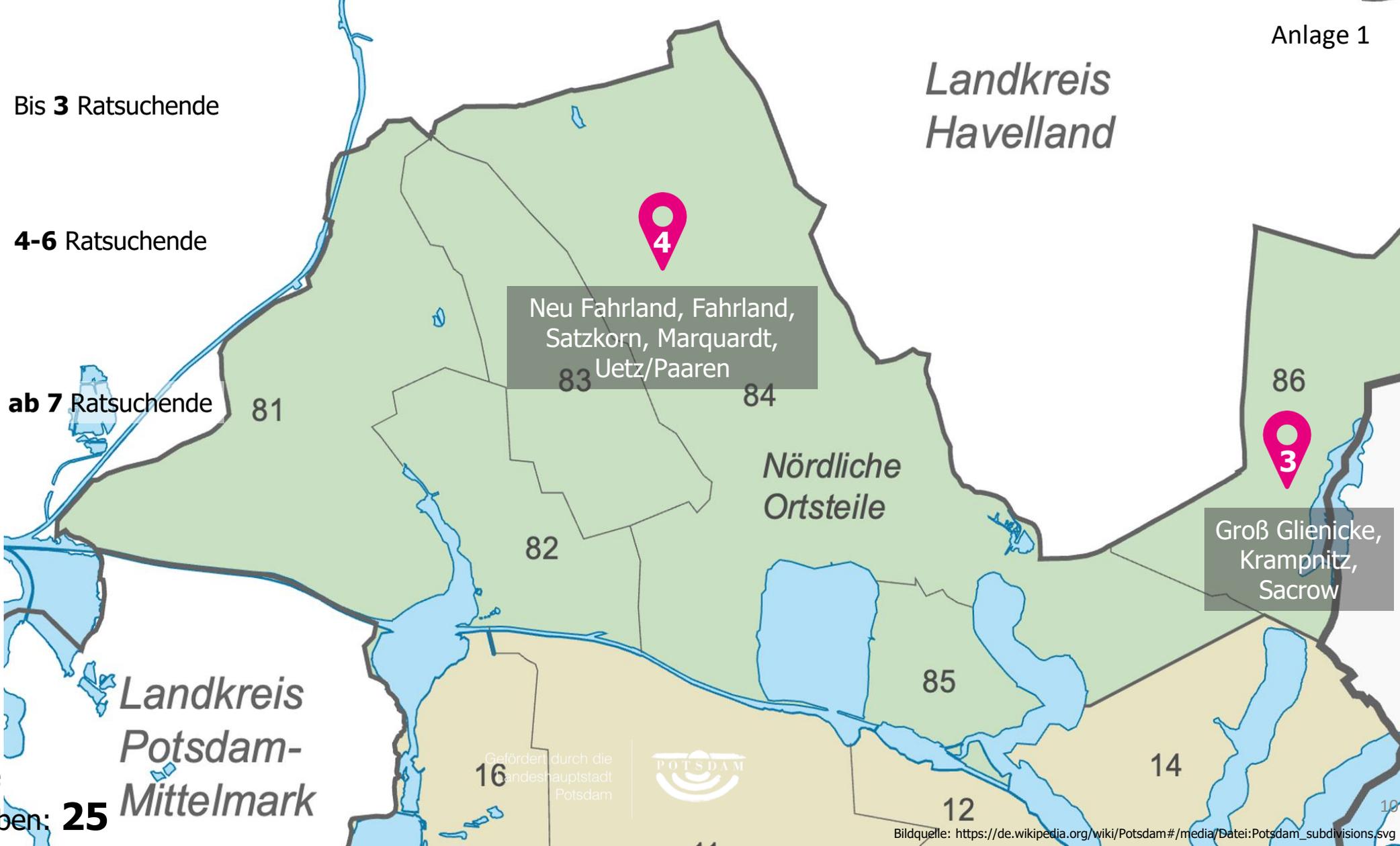
Weitere enge Kooperationen
Familien- und Kompetenzzentrum Frühe Kindheit, KBS, Praxis
in der Remise, Fachstelle seelische Gesundheit, Organic
Village, SPDi,





Landkreis Havelland

-  Bis **3** Ratsuchende
-  **4-6** Ratsuchende
-  **ab 7** Ratsuchende



Neu Fahrland, Fahrland,
Satzkorn, Marquardt,
Uetz/Paaren

Groß Glienicke,
Krampnitz,
Sacrow

Keine
Angaben: **25**

Landkreis
Potsdam-
Mittelmark

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Potsdam- Mittelmark

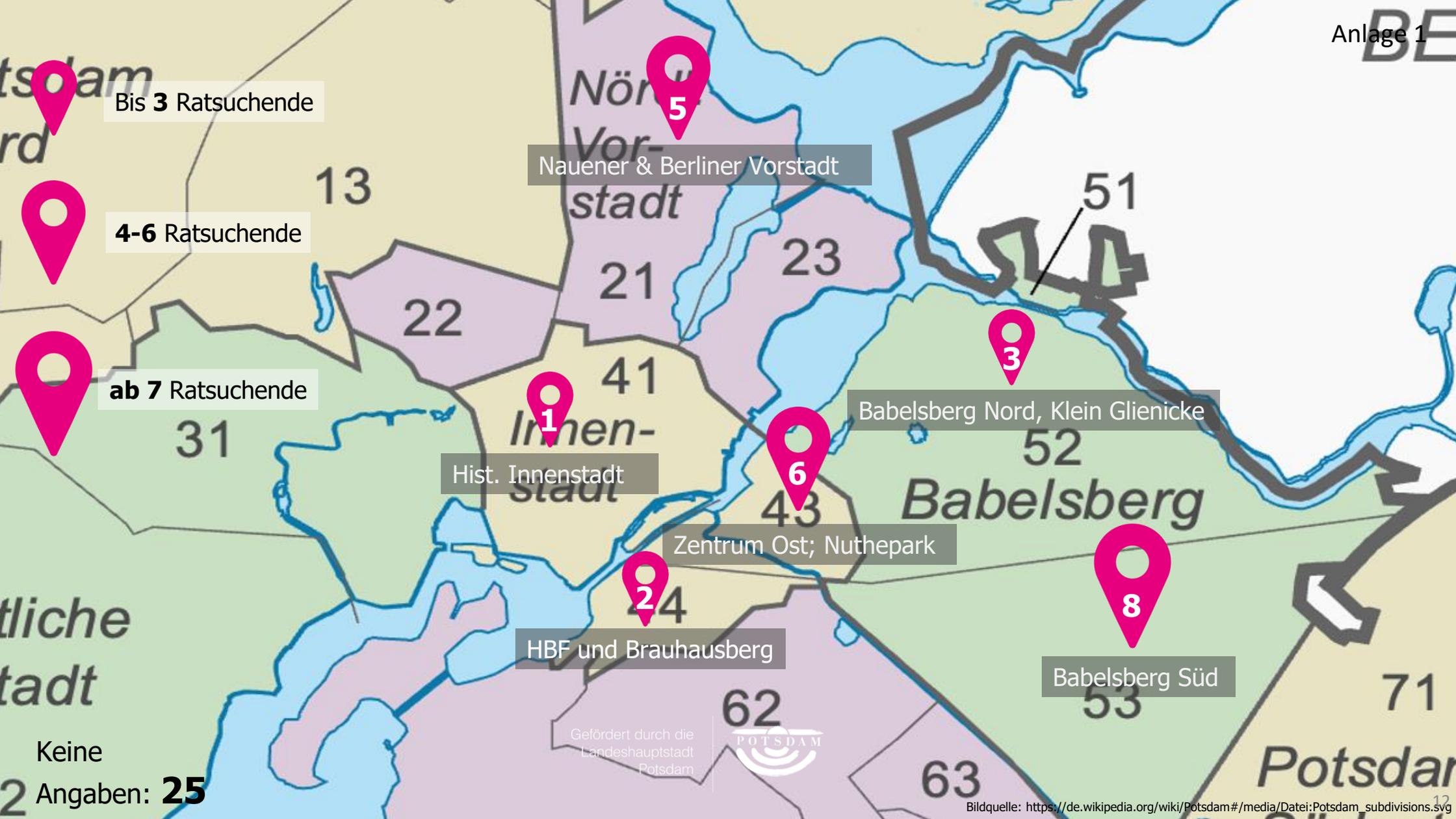
 Bis **3** Ratsuchende

 **4-6** Ratsuchende

 **ab 7** Ratsuchende

Keine
Angaben: **25**





Bis **3** Ratsuchende

4-6 Ratsuchende

ab 7 Ratsuchende

Hist. Innenstadt

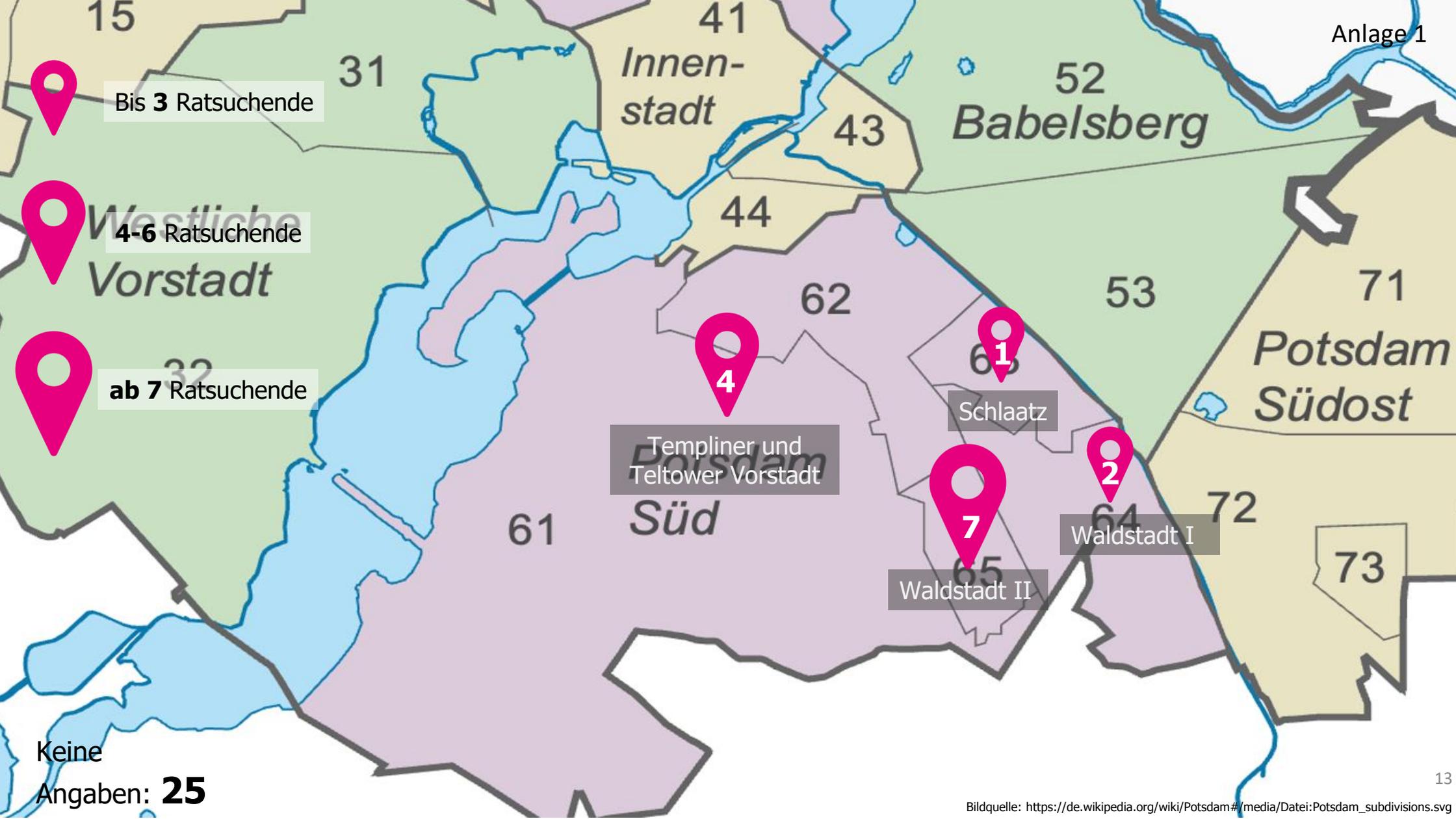
Babelsberg Nord, Klein Glienicke

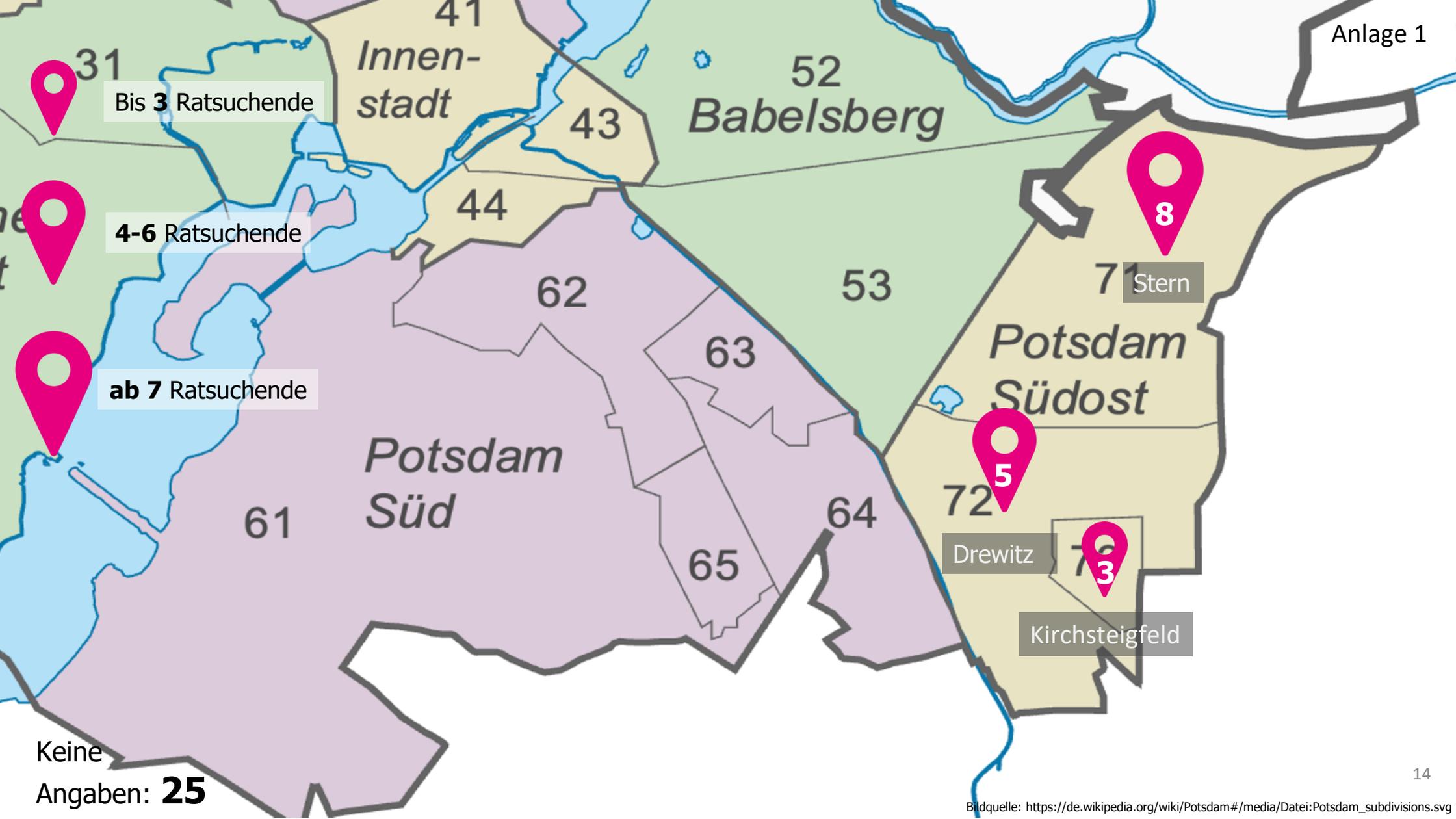
HBF und Brauhausberg

Babelsberg Süd

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam







Aktuell

3 Wochen

Wartezeit

GOODBYE

NOW!

...Normaler Wahnsinn

Zu 6. Informationen des Jugendamtes

zu 6.1 aktueller Umsetzungsstand der Jugendamtsanträge zum Haushalt 2023/2024

Kostenloses Frühstücksangebot an allen Grundschulen (Ifd. Nr. 12.)

Aktuell nehmen 15 Schulen am kostenlosen Frühstück teil. Stand heute haben wir rund 400.000€ für das Frühstück ausgegeben. Für 2024 sind 600.000€. Zusätzlich werden im nächsten Jahr noch zwei weitere Grundschulen über das zusätzlich zur Verfügung gestellte Budget (100.000€) versorgt.

In 2023 wurden bisher 82.933 Frühstückportionen abgerechnet. Das macht eine schultägliche Frühstücksteilnehmerzahl von 539 Schülerinnen und Schülern.

Schulen, die derzeit am kostenfreien Frühstück teilnehmen

Grundschule Hanna von Pestalozza	6
Regenbogenschule	7
Grundschule Am Priesterweg	20
Waldstadt-Grundschule	27
Grundschule "Am Pappelhain"	36/45
Grundschule am Humboldttring	37
Weidenhof-Grundschule	40
Grundschule im Kirchsteigfeld	56
Schulzentrum am Stern	29
Käthe-Kollwitz-Oberschule	13
Oberschule Theodor Fontane	51
Schule am Nuthetal	10/30
Fröbelschule	18
Wilhelm-von-Türk-Schule	42/44

Schulen, die ab kommenden Jahr das kostenfreie Frühstück erhalten sollen

Grundschule Max Dortu	8
Grundschule Bornim	11

Schulform	Schulname	Schul-Nr.	frei zugänglich	frei zugänglich	Anmerkungen
Grundschulen	Grundschule Ludwig Renn	2	nein	ja	
	Grundschule im Bornstedter Feld	3	nein (als Pilotprojekt angedacht, nach positivem Ergebnis des Schallimmissionsgutachtens)	nein (als Pilotprojekt angedacht, nach positivem Ergebnis des Schallimmissionsgutachtens)	ggf. Öffnung in Abhängigkeit vom Ergebnis des Schallimmissionsgutachtens
	Grundschule Hanna von Pestalozza	6	nein	teilweise	
	Regenbogenschule Fahrland	7	nein	nein	
	Grundschule Max Dortu	8	nein	ja	Platz am Glockenspiel
	Grundschule Bornim	11	nein	nein	
	Gerhart-Hauptmann- Grundschule	12	nein	ja	Westkurve
	Grundschule Bruno H. Bürgel	16	nein	nein	
	Grundschule Am Jungfernsee	17	nein	nein	Öffnung Sportfeld beabsichtigt → keine finanziellen Mittel für bauliche Herrichtung vorhanden
	Rosa-Luxemburg-Schule	19	nein	nein	derzeit Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Grundschule am Priesterweg	20	nein	nein	
	Zeppelin-Grundschule	23	nein	nein	Öffnung beabsichtigt → Umsetzung in Abstimmung
	Eisenhart-Schule	24	nein	ja	Sportplatz Kurfürstenstraße
	Karl-Foerster-Schule	25/26	nein	ja	Beginn von Baumaßnahmen auf Sportplatz, Sportplatz Kirschallee
	Waldstadt-Grundschule	27	nein	nein	Im Rahmen der Planung erfolgt Prüfung hinsichtlich einer Öffnung. Beginn von Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Goethe-Grundschule	31	nein	nein	
	Schule am Griebnitzsee	33	nein	nein	
	Grundschule Am Pappelhain	36/45	nein	ja	Bolzplatz
	Grundschule am Humboldttring	37	nein	ja	
	Weidenhof - Grundschule	40	nein	ja	Sportplatz Schlaatz
Grundschule am Telegraphenberg	43			keine eigene Anlagen	
Michael-Ende-Grundschule	47			noch kein Schulbetrieb	
Grundschule Im Kirchsteigfeld	56	ja (teilweise)	ja (teilweise)	Kleinspielfeld	
Oberschulen	Käthe-Kollwitz-Oberschule	13	nein	ja	Sportplatz Weskurve
	Montessori-Oberschule	22	ja	ja	
	Oberschule Theodor Fontane	51	nein	nein	Beginn von Baumaßnahmen auf Schulgelände
Gesamtschulen	Voltaire-Gesamtschule	9	nein	nein	Anwohnerschutz (Sportlärm)
	Schule am Schloß	28			keine eigenen Anlagen
	Schulzentrum Am Stern	29	nein	nein	außerschulische Nutzung Kleinspielfeld (Basketballplatz) gem. Baugenehmigung nur über einen Träger (Verein oder Club) zulässig
	Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule	32	nein	nein	
	Gesamtschule Peter-Joseph-Lenné	38	nein	ja	derzeit Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule	46	nein	nein	derzeit Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Gesamtschule Am Schilfhof	49	nein	ja	Sportplatz Schlaatz
	Sportschule Potsdam Friedrich Ludwig Jahn	55	nein	nein	
Gymnasien	Humboldt-Gymnasium	1	nein	ja	nur ein Kleinspielfeld
	Hermann-von-Helmholtz-Gymnasium	4	nein	ja	Sportplatz Kurfürstenstraße
	Hannah-Ahrendt-Gymnasium	5	nein	nein	Öffnung beabsichtigt → Umsetzung in Abstimmung
	Bertha-von-Suttner-Gymnasium Babelsberg	21	nein	ja	Bolzplatzes auf Schulgelände an Wochenenden geöffnet, Öffnung an Wochentagen ggf. ab 17:30 Uhr möglich, da vorher Hortnutzung
	Dalton-Gymnasium	14	nein	nein	nach Fertigstellung des Schulstandortes und Umzug in die Pappelallee findet eine Öffnung Berücksichtigung (Errichtung eines Bolzplatzes/Kleinspielfeldes auf dem Dach der Sporthalle geplant)
	Leibniz-Gymnasium	41	nein	ja	Freizeitband
	Einstein-Gymnasium	54	nein	ja	Sportplatz Kurfürstenstraße offen, Kleinfeld im Innenhof ist nicht offen
Schule zweiter Bildungsweg	Schule des Zweiten Bildungsweges Heinrich-von-Kleist	15	nein		keine vorhanden
Förderschulen	Schule am Nuthetal	10/30	nein	ja	

Bericht des KiTa-Elternbeirats

Workshop Kita-Planer

Das Kitaportal ist ja ein Dauerbrenner hier im Ausschuss - selbst wir haben in den wenigen Jahren unserer Mitwirkung hier schon so einiges erlebt. Aktuell scheint es so, als könnte die LHP bei diesem Thema bereits auf den letzten Metern sein. Könnte - wenn uns das Projekt nicht vielleicht doch noch kurz vor der Ziellinie auseinanderfällt. Wir haben zuletzt an zwei Workshops zur Implementierung des KiTa-Planers teilgenommen - insgesamt eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Trägern und Eltern. ABER: Es hat sich auch gezeigt, dass bei einer wesentlich früheren Beteiligung von Trägern, Einrichtungen und Eltern viele Fragen und Ideen hätten längst ausdiskutiert werden können. Wenn es uns allen gemeinsam hier nicht gelingt, einen Schritt nach vorn zu denken und Themen wie Transparenz, Auswahlkriterien und Vergabeablauf in den Mittelpunkt rücken, dann kann es passieren, dass uns auch das schönste Portal nur wenig Mehrwert bietet.

Kommunikation zu freien Kita-Plätzen

Seit mehreren Wochen schreiben die Potsdamer Lokalzeitungen über tausende freie Kita-Plätze und erzeugen so das Gefühl, als wäre das gesetzlich verankerte Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in Potsdam total problemlos umsetzbar. Ist das tatsächlich so? Ja, auch Träger berichten uns von Einrichtungen, die derzeit nur zu 75% ausgelastet sind. Aber uns berichten auch Leitungen, dass sie weiterhin zweistellige Wartelisten haben. Daraus schließen wir: Ja, es gibt freie Plätze. Aber nein, das Wunsch- und Wahlrecht ist nicht überall problemlos umsetzbar. Was bedeutet das Wunsch- und Wahlrecht eigentlich? Könnte das überhaupt mit einer Vollauslastung der Einrichtungen funktionieren? Wir finden: Nein.

Gern zitieren wir hier den Oberbürgermeister, der in der letzten SVV in etwa sagte: "Ich bin froh, dass wir so viele freie Plätze haben. Denn so können Familien endlich selbst entscheiden, welche Einrichtungen ihre Kinder besuchen werden."

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, warum wir das dann überhaupt diskutieren. Es geht natürlich ums Geld - um Personal- und Betriebskosten, die bei geringerer Auslastung nicht oder nur schwerlich refinanziert werden. Also lassen Sie uns darüber sprechen: Welche Wege gibt es, die freien Plätze eben auch als freie Plätze zu erhalten. Welche Möglichkeiten hat die LHP, die Finanzierung auch von unbesetzten Kitaplätzen abzusichern. Und welche Ideen gibt es darüber hinaus, räumliche oder personelle Kapazitäten zu nutzen. Der Vorschlag der Einrichtung von Familienzentren liegt auf dem Tisch - für einzelne Einrichtungen ist das sicher ein guter Denkanstoß, für die allermeisten jedoch passt das gar nicht. Es gibt die Idee, mögliche Überkapazitäten für die vom Land lange versprochene Verschiebung des Einschulungstichtags zu nutzen. Wir wünschen uns hier einen offenen Diskurs, der gleichzeitig für eine größtmögliche Sicherheit bei Trägern und Mitarbeitenden sorgt. Und was es aus unserer Sicht dafür als allererstes braucht ist eine konkrete Aufstellung: Welche Einrichtung hat aktuell wie viele tatsächlich verfügbare Plätze - unter Berücksichtigung nicht belegbarer Plätze durch z.B. Personal- oder Raummangel.

Aktuelle Situation Personal/Krankheit

Aktuell erreichen uns wieder viele Meldungen von Kitas und Horten, die aus personellen Gründen ihre Betreuungszeiten stärker einschränken müssen oder die Eltern bitten, ihre

Kinder nicht in die Einrichtung zu bringen oder früher abzuholen. Das ist wenig überraschend - war doch die Herbst-Winter-Erkältungszeit spätestens im November und Dezember zu erwarten. Insgesamt haben sich viele Einrichtungen hier schon auf den Weg gemacht und - idealerweise gemeinsam mit den Eltern - einen Stufenplan für diese Situationen entwickelt. Dennoch bleibt der Druck auf die Familien enorm hoch. Um das konkrete Ausmaß erfassen zu können, schlagen wir vor, dass der Fachbereich in der Januar-Sitzung dazu eine aktuelle Aufstellung (z.B. zum Stichtag 1.12.) im JHA präsentiert.

So eine Weihnachtssitzung ist aber auch ein guter Moment, um mal wieder DANKE für viele gute gemeinsame Momente in den letzten zwölf Monaten. Wir haben das Gefühl, dass viele ein bisschen enger zusammengedrückt sind. Und das ist vor allem für die Kinder gut so.

Bericht des Unterausschusses 07.12.2023

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 07.12.2023.

Zur Umsetzung der neuen Gremienstruktur habe sich Herr Prof. Dr. Hafezi verwaltungsintern befasst und befürwortet unter anderem die langjährige Arbeit in den Sozialräumen mit den Regionalen Arbeitskreisen (RAK). Diese müssten gestärkt werden. Die Fach-Arbeitsgemeinschaften sollten sich mehr für sozialräumliche Themen öffnen. Die Basisgremien wie die RAK hätten immer Kontakt zu den Regionalen Arbeitsgemeinschaften (RegAG) gehabt. Die Regionalen Arbeitsgemeinschaften seien fachlicher und verbindlicher gewesen, da die Mitglieder aus der Jugendhilfe-Trägergruppe vor Ort gewählt worden seien. Man sollte die RAK weniger formalisieren, da sie kein Fachgremium nach § 78 SGB VIII seien. Ein Meinungsbild der RAK sei einzuholen. Verwaltungsseitig würde man eine Vorlage als Diskussionsgrundlage erarbeiten.

Zum Thema Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost aus dem letzten Jugendhilfeausschuss rekapitulierte man, dass 2021 die ARCHE unabgestimmt gestärkt worden sei, ohne zu schauen, ob man vorhandene Jugendhilfeangebote vor Ort in Drewitz hätte stärken können. Es hätte seitens des Jugendhilfeausschusses einen Beschluss dazu gegeben. In diesem sei auch eine Evaluation vereinbart worden, welche noch offen sei. Diese müsste verwaltungsseitig erfolgen. Grundlage sollten die Prüf- und Entscheidungskriterien sein. Herr Prof. Dr. Hafezi kündigt an, dass er den Auftrag mitnehme, jedoch erst die Personalkapazitäten prüfen müsse. Es wird eine Rückmeldung für den nächsten Unterausschuss vereinbart. Laut aktuellem Stellenplan sei die Stelle weiterhin bis 2026 bei der ARCHE verortet.

Bezüglich des Sachstandes zum Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0007 wollte man Frau Buhr in den nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung einladen, um das Thema dort erneut zu eruiieren. Sei müsste seitens des Jugendamtes mehr Unterstützung erhalten.

Verträge der freien Träger von Familienberatungsstellen würden in 2023 auslaufen. Hierzu herrsche Unmut, man fordere faire Verhandlungen für die weiteren Verträge. Unter den neuen Konditionen könnten die Träger ihre Arbeit teilweise nicht fortsetzen.

Zur Strategie gegen Fachkräftemangel werde man sich erneut im Februar 2024 beschäftigen. Ausschussmitglieder würden einen Vorschlag entwerfen, wie man weiter mit der Thematik umgehen könne.

Der Unterausschuss wünscht einen Zwischenstand zur laufenden Organisationsuntersuchung. Ergebnisse würden jedoch erst im Mai 2024 vorliegen. Die Aufstockung von Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst sei jedoch dringend und dafür benötige man Daten zur Argumentation. Die Verwaltung schlägt vor eine Klausurtagung zwischen Verwaltung und Jugendhilfeausschuss durchzuführen.

Man bittet darum im nächsten Jugendhilfeausschuss das Thema unbegleitete ausländische Minderjährige mit aufzunehmen.

Laut dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung sei man der Meinung, dass der Jugendhilfeausschuss auch unabhängig von der Kommunalwahl und somit Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung weiter tage. Man bittet also um Ergänzung weiterer Termine im Sitzungskalender 2024.

Bericht zum Thema Lenkungsgruppe Schule/ Jugendhilfe durch Herrn Ströber

Bodo Ströber ist für den Jugendhilfeausschuss Mitglied der Lenkungsgruppe.

Hier beraten und beschließen die Themen der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe gemeinsam:

- Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Fachbereichsleitung FB 23
- Schulamt: Schulräte der Grund- und weiterführenden Schulen
- Schulträger
- Koordinierungsstelle je zu Hälfte Jugendhilfe/ Schulverwaltung
moderiert: Kobranet

Im vergangenen Jahr konnte die Fachbereichsleitung nur unzureichend die Leitungsbeteiligung an dieser Arbeitsgruppe sicherstellen. Das führte zu ansteigender Kritik seitens der Schulräte. Zudem ist die anteilige Stellenbesetzung der Koordinierungsstelle durch die Schulverwaltung seit langem nicht realisiert.

1. Wie kann sichergestellt werden, dass die Kooperation Schule / Jugendhilfe, wie im Rahmenkonzept beschlossen, auf konstruktiv hohem Niveau weitergeführt werden kann?
2. Wie kann sichergestellt werden, dass aus dem Bereich Bildung- und Sport die Besetzung der 2 Koordinierungsstelle zeitnah erfolgen kann?
3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Stelle der Jugendhilfe, nahtlos ab März weiter besetzt bleibt?
4. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Mitarbeit in der Lenkungsgruppe durch die Fachbereichsleitung gesichert wird?

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ströber | Einrichtungsleiter
Hoffbauer-Stiftung
Jugendhaus OASE

Bericht der AG JuFö 07.12.2023

Die AG JUFÖ hat am 07.12.2023 getagt, folgende Punkte möchte sie dem Ausschuss mitteilen:

- Nichtumsetzung der Tarifsteigerung TVÖD SuE im Rahmen der LQEV – Träger sind irritiert
- explizite Sichtbarmachung der Jugendförderung in Strukturen der Verwaltung siehe Organigramm (angestrebte Sonder-AG mit Herrn Hafezi dazu geplant)
- Das zahlenmäßige Wachsen der LHP (und der Zahl der Kinder und Jugendlichen) geht nicht einher mit einem notwendigen Aufwuchs der Zuwendungen an die Träger der freien Jugendhilfe. Bereits ein eingefrorener Haushalt bedeutet bei einer steigenden Zahl junger Menschen, Tarifsteigerungen und Inflation faktisch eine Pro-Kopf-Mittelkürzung.
- Thema Inklusion: Einladung einer Vertretung des Oberlinhaus in die nächste AG-Sitzung
- KIS-Skateranlage-Votum AG Jugendförderung, LHP soll neue Planungen vorstellen, damit sich AG JUFÖ positionieren kann

Für Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Parthum
Geschäftsführerin
Medienwerkstatt Potsdam im fjs e.V.